

21. 04. 89

VP - In - R

29 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen vom 10. März 1988

zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen

gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zum Protokoll

vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen

gegen die Sicherheit fester Plattformen,

die sich auf dem Festlandsockel befinden

A. Zielsetzung

Das am 10. März 1988 in Rom geschlossene Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und das Protokoll vom gleichen Tage zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, sollen dazu beitragen, terroristische Gewalttaten gegen die Seeschifffahrt sowie gegen am Meeresboden befestigte Plattformen weltweit durch lückenlose Bestrafung aller Täter zu bekämpfen und die Sicherheit im maritimen Bereich dadurch zu erhöhen.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll der Beitritt zu dem Übereinkommen und dem Protokoll ermöglicht werden. Um den daraus entstehenden Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu entsprechen, sollen die §§ 6 und 316c des Strafgesetzbuches, in denen bereits entsprechende Regelungen für Angriffe auf den Luftverkehr enthalten sind, auch für Angriffe auf den Schiffsverkehr anwendbar gemacht werden.

C. Alternativen

keine

Fristablauf: 02. 06. 89

D. Kosten

Nach Inkrafttreten des Übereinkommens und des Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem geringfügig höheren Eingang ausländischer Rechtshilfeersuchen zu rechnen. Dadurch entstehender Mehraufwand wird jedoch mit den vorhandenen Kräften erledigt werden können.

21. 04. 89

VP – In – R

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zum Protokoll
vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen,
die sich auf dem Festlandsockel befinden**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (323) – 971 01 – Üb 46/89

Bonn, den 21. April 1989

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zum Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Kohl

Fristablauf: 02. 06. 89

Entwurf

Gesetz

**zu dem Übereinkommen vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt
und zum Protokoll vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit
fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen von Rom vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie zu dem Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, wird zugestimmt. Das Übereinkommen sowie das Protokoll werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 945), zuletzt geändert durch (BGBl. I S.), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr (§ 316c);“

2. § 316c wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr“;

b) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„1. Gewalt anwendet oder die Entschlußfreiheit einer Person angreift oder sonstige Machen-

schaften vornimmt, um dadurch die Herrschaft über

a) ein im zivilen Luftverkehr eingesetztes und im Flug befindliches Luftfahrzeug oder

b) ein im zivilen Seeverkehr eingesetztes Schiff

zu erlangen oder auf dessen Führung einzuwirken, oder

2. um ein solches Luftfahrzeug oder Schiff oder dessen an Bord befindliche Ladung zu zerstören oder zu beschädigen, Schußwaffen gebraucht oder es unternimmt, eine Explosion oder einen Brand herbeizuführen.“

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 und das Protokoll nach seinem Artikel 6 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen und das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Zur Erfüllung der in Artikel 5 des Übereinkommens enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsstaaten, die in Artikel 3 bezeichneten gewalttätigen Handlungen in Straftatbestän-

den zu erfassen und mit angemessenen Strafen zu bedrohen, bedarf es einer gesetzlichen Regelung.

Das Strafgesetzbuch enthält bereits in den §§ 211 ff., 223 ff., 303 ff., 306 ff. – hier insbesondere §§ 311 und 315 – Straftatbestände, die in den vom Übereinkommen und Protokoll umschriebenen Fällen Anwendung finden können.

Darüber hinaus empfiehlt es sich, die Strafvorschrift über den Angriff auf den Luftverkehr (§ 316c StGB) auch auf Angriffe auf den Seeverkehr zu erstrecken. § 316c StGB

dient der Sicherheit des Flugverkehrs, der durch die im Tatbestand beschriebenen Handlungen besonders gefährdet ist. Die Gefährdung beruht insbesondere auf dem Umstand, daß im Flug befindliche Luftfahrzeuge verwundbar und schwer zu schützen sind und daß Angriffe auf sie besonders gravierende Auswirkungen auf Leib und Leben einer großen Zahl von Menschen und auf bedeutende Sachwerte haben können. Schiffe sind, besonders wenn sie sich auf Hoher See befinden, gleichermaßen ungeschützt und ähnlichen Gefährdungen ausgesetzt. Die Sicherheit des Seeverkehrs ist auch im selben Maße wie die des Luftverkehrs schutzbedürftig. In den letzten Jahren sind nicht nur terroristische Anschläge auf Flugzeuge, sondern auch auf Fahrgastschiffe zu verzeichnen. So hat im Oktober 1985 eine Gruppe bewaffneter Terroristen das unter italienischer Flagge fahrende Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ auf der Fahrt von Alexandria nach Port Said in ihre Gewalt gebracht, mit der Erschießung der Passagiere gedroht und eine Person getötet. Im Juli 1988 griff eine Gruppe Bewaffneter in der Ägäis das Ausflugschiff „City of Poros“ an und tötete 12 Personen; 98 Personen erlitten Verletzungen.

Der Entwurf zielt in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen (vgl. dessen Präambel) auf die Schaffung eines wirksamen Schutzes der Seeschifffahrt vor derartigen terroristischen und sonstigen schweren Angriffen ab.

Unter Schiff im Sinne des Entwurfs ist ein nicht dauerhaft am Meeresboden befestigtes Wasserfahrzeug jeder Art und Größe zu verstehen (vgl. Artikel 1 des Übereinkommens; Leipz. Komm.-Ruth, StGB, 10. Aufl., § 315 Rdn. 9 m.w.N.). Eine Einbeziehung der fest verankerten Meeresplattformen in den Schutz des § 316c StGB kommt aus systematischen Gründen nicht in Betracht, da sie nicht zu einem bestimmten Beförderungsvorgang in Beziehung stehen. Eine entsprechende Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf unbewegliche, nicht dem Verkehr dienende Objekte wie Plattformen würde Sachverhalte einbeziehen, die nicht die gleiche Art von Gefährlichkeit aufweisen und den Schutzbereich dieser Norm sprengen würden. Die Schaffung eines eigenen neuen Spezialtatbestandes für derartige maritime Anlagen erscheint in der derzeitigen Situation nicht zwingend erforderlich.

Die in Artikel 4 des Übereinkommens vorgesehene Beschränkung des sachlichen Anwendungsbereichs in räumlicher Hinsicht soll insbesondere die Binnenschifffahrt, soweit sie nicht notwendigerweise der Seeschifffahrt zuzurechnen ist, von der Regelung ausklammern. Einer Definition, unter welchen Voraussetzungen ein Schiff als „im Seeverkehr eingesetzt“ anzusehen ist, bedarf es nicht. Der für Luftfahrzeuge geltende § 316c Abs. 1 Satz 2 StGB ist nur deshalb erforderlich, weil die Strafvorschrift voraussetzt, daß sich das Luftfahrzeug im Flug befindet. Beim Schiff dagegen stellt die geplante Vorschrift nur darauf ab,

daß dieses im (zivilen) Seeverkehr eingesetzt ist. Hierfür kommt es auf den konkreten Einsatzzweck an. Daher fallen auch Fahrten auf Binnenschifffahrtsstraßen unter die Vorschrift, wenn sie von Schiffen im Zusammenhang mit ihrem Einsatz im Seeverkehr (Laden, Löschen) durchgeführt werden. Im übrigen kann Artikel 4 des Übereinkommens als Auslegungshilfe herangezogen werden.

Der Schutzbereich ist – wie schon für den Luftverkehr – auf den zivilen Bereich beschränkt. Allein entscheidend ist der konkrete Verwendungszweck und nicht die Frage, in wessen Eigentum das Schiff steht. Daher kann auch ein dem Staat gehörendes Schiff zivilen Zwecken dienen, zum Beispiel ein Fischereiforschungsschiff. Dem zivilen Seeverkehr unterfällt nicht nur die Beförderung von Menschen und Gütern, sondern auch der Verkehr von Sport- und Vergnügungsfahrzeugen. Nicht zum zivilen Bereich gehört der hoheitliche Verkehr von Kriegsschiffen, Flottenhilfsschiffen, Zoll- und Polizeifahrzeugen (vgl. Artikel 2 Abs. 1 a, b des Übereinkommens).

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen und das Protokoll sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des GG.

Nach Satz 2 ist der jeweilige Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen und das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet. Nach Inkrafttreten des Übereinkommens und des Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem geringfügig höheren Eingang ausländischer Rechtshilfeersuchen zu rechnen. Dadurch entstehender Mehraufwand wird jedoch mit den vorhandenen Kräften erledigt werden können. Mit einem Anstieg staatlicher Gebühren ist daher nicht zu rechnen. Einzelpreise in anderen Bereichen werden von dem geplanten Gesetzesvorhaben ebenfalls nicht berührt, so daß sich Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau nicht ergeben werden.

**Übereinkommen
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt**

**Convention
for the Suppression of Unlawful Acts
against the Safety of Maritime Navigation**

**Convention
pour la répression d'actes illicites
contre la sécurité de la navigation maritime**

(Übersetzung)

The States Parties to this Convention,

Les Etats Parties à la présente Convention,

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

having in mind the purposes and principles of the Charter of the United Nations concerning the maintenance of international peace and security and the promotion of friendly relations and co-operation among States,

ayant présents à l'esprit les buts et principes de la Charte des Nations Unies concernant le maintien de la paix et de la sécurité internationales et le développement de relations amicales et de la coopération entre les Etats,

in Anbetracht der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen betreffend die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie die Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten,

recognizing in particular that everyone has the right to life, liberty and security of person, as set out in the Universal Declaration of Human Rights and the International Covenant on Civil and Political Rights,

reconnaissant en particulier que chacun a droit à la vie, à la liberté et à la sécurité de sa personne, ainsi qu'il est prévu dans la Déclaration universelle des droits de l'homme et dans le Pacte international relatif aux droits civils et politiques,

insbesondere in der Erkenntnis, daß jeder das Recht auf Leben sowie persönliche Freiheit und Sicherheit hat, wie es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vorsehen,

deeply concerned about the world-wide escalation of acts of terrorism in all its forms, which endanger or take innocent human lives, jeopardize fundamental freedoms and seriously impair the dignity of human beings,

profondément préoccupés par l'escalade, dans le monde entier, des actes de terrorisme, sous toutes ses formes, qui mettent en danger ou anéantissent des vies humaines innocentes, compromettent les libertés fondamentales et portent gravement atteinte à la dignité des personnes,

tief besorgt über die weltweite Eskalation terroristischer Handlungen aller Art, die das Leben unschuldiger Menschen gefährden oder vernichten, die Grundfreiheiten beeinträchtigen und eine ernste Verletzung der Menschenwürde darstellen,

considering that unlawful acts against the safety of maritime navigation jeopardize the safety of persons and property, seriously affect the operation of maritime services, and undermine the confidence of the peoples of the world in the safety of maritime navigation,

considérant que les actes illicites dirigés contre la sécurité de la navigation maritime compromettent la sécurité des personnes et des biens, gênent sérieusement l'exploitation des services maritimes et minent la confiance des peuples du monde dans la sécurité de la navigation maritime,

in der Erwägung, daß widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt die Sicherheit von Personen und Sachen gefährden, den Betrieb von Seeschiffahrtsdiensten ernstlich beeinträchtigen und das Vertrauen der Völker der Welt in die Sicherheit der Seeschifffahrt untergraben,

considering that the occurrence of such acts is a matter of grave concern to the international community as a whole,

considérant que de tels actes préoccupent gravement la communauté internationale dans son ensemble,

in der Erwägung, daß solche Handlungen der Völkergemeinschaft insgesamt Anlaß zu ernster Besorgnis geben,

being convinced of the urgent need to develop international co-operation between States in devising and adopting effective and practical measures for the prevention of all unlawful acts against the safety of maritime navigation, and the prosecution and punishment of their perpetrators,

convaincus de l'urgente nécessité de développer une coopération internationale entre les Etats en ce qui concerne l'élaboration et l'adoption de mesures efficaces et pratiques destinées à prévenir tous les actes illicites dirigés contre la sécurité de la navigation maritime, et à poursuivre et punir leurs auteurs,

überzeugt, daß es dringend notwendig ist, eine internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Ausarbeitung und Annahme wirksamer und durchführbarer Maßnahmen zur Verhütung aller widerrechtlichen Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zur strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung der Täter zu entwickeln,

recalling resolution 40/61 of the General Assembly of the United Nations of 9 De-

rappelant la résolution 40/61 de l'Assemblée générale des Nations Unies du 9 dé-

eingedenk der Resolution 40/61 der Generalversammlung der Vereinten Natio-

cember 1985 which, inter alia, "urges all States, unilaterally and in co-operation with other States, as well as relevant United Nations organs, to contribute to the progressive elimination of causes underlying international terrorism and to pay special attention to all situations, including colonialism, racism and situations involving mass and flagrant violations of human rights and fundamental freedoms and those involving alien occupation, that may give rise to international terrorism and may endanger international peace and security",

recalling further that resolution 40/61 "unequivocally condemns, as criminal, all acts, methods and practices of terrorism wherever and by whomever committed, including those which jeopardize friendly relations among States and their security",

recalling also that by resolution 40/61, the International Maritime Organization was invited to "study the problem of terrorism aboard or against ships with a view to making recommendations on appropriate measures",

having in mind resolution A.584(14) of 20 November 1985, of the Assembly of the International Maritime Organization, which called for development of Measures to Prevent Unlawful Acts which Threaten the Safety of Ships and the Security of their Passengers and Crews,

noting that acts of the crew which are subject to normal shipboard discipline are outside the purview of this Convention,

affirming the desirability of monitoring rules and standards relating to the prevention and control of unlawful acts against ships and persons on board ships, with a view to updating them as necessary, and, to this effect, taking note with satisfaction of the Measures to Prevent Unlawful Acts against Passengers and Crews on Board Ships, recommended by the Maritime Safety Committee of the International Maritime Organization,

affirming further that matters not regulated by this Convention continue to be governed by the rules and principles of general international law,

recognizing the need for all States, in combating unlawful acts against the safety of maritime navigation, strictly to comply

cembre 1985, par laquelle il est notamment «demandé instamment à tous les Etats, unilatéralement et en collaboration avec les autres Etats, ainsi qu'aux organes compétents de l'Organisation des Nations Unies, de contribuer à l'élimination progressive des causes sous-jacentes du terrorisme international et de prêter une attention spéciale à toutes les situations – notamment le colonialisme, le racisme, les situations qui révèlent des violations massives et flagrantes des droits de l'homme et des libertés fondamentales et celles qui sont liées à l'occupation étrangère – qui pourraient susciter des actes de terrorisme international et compromettre la paix et la sécurité internationales,»

rappelant en outre que la résolution 40/61 «condamne sans équivoque comme criminels tous les actes, méthodes et pratiques de terrorisme, où qu'ils se produisent et quels qu'en soient les auteurs, notamment ceux qui compromettent les relations amicales entre les Etats et la sécurité de ceux-ci»,

rappelant également que, par la résolution 40/61, l'Organisation maritime internationale était invitée à «étudier le problème du terrorisme exercé à bord de navire ou contre des navires, en vue de formuler des recommandations sur les mesures qu'il y aurait lieu de prendre»,

ayant présents à l'esprit la résolution A.584(14), en date du 20 novembre 1985, de l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale, qui demandait la mise au point de mesures visant à prévenir les actes illicites qui compromettent la sécurité des navires et la sûreté de leurs passagers et de leurs équipages,

notant que les actes de l'équipage qui relèvent de la discipline normale du bord ne sont pas visés par la présente Convention,

affirmant qu'il est souhaitable de garder à l'étude les règles et normes relatives à la prévention et au contrôle des actes illicites contre les navires et les personnes se trouvant à bord de ces navires, en vue de les mettre à jour selon que de besoin, et, à cet égard, prenant note avec satisfaction des mesures visant à prévenir les actes illicites qui compromettent la sécurité des navires et la sûreté de leurs passagers et de leurs équipages, recommandées par le Comité de la sécurité maritime de l'Organisation maritime internationale,

affirmant en outre que les questions qui ne sont pas réglementées par la présente Convention continueront d'être régies par les règles et principes du droit international général,

reconnaissant la nécessité pour tous les Etats, dans la lutte contre les actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime,

nen vom 9. Dezember 1985, in der unter anderem „alle Staaten nachdrücklich aufgefordert werden, einzeln und in Zusammenarbeit mit anderen Staaten sowie mit den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen zur schrittweisen Beseitigung der tieferen Ursachen des internationalen Terrorismus beizutragen und ihre besondere Aufmerksamkeit auf alle Situationen zu richten – unter anderem den Kolonialismus, den Rassismus sowie Situationen, mit denen massive und flagrante Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten einhergehen, und Situationen im Zusammenhang mit fremder Besetzung –, die zu internationalem Terrorismus führen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden können“,

eingedenk ferner dessen, daß die Resolution 40/61 „alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken, einschließlich solcher, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten und ihre Sicherheit gefährden, gleich wo und von wem sie begangen werden, unmißverständlich als verbrecherisch verurteilt“,

sowie eingedenk dessen, daß durch die Resolution 40/61 die Internationale Seeschiffahrts-Organisation aufgefordert wurde, „das Problem des an Bord von Schiffen oder gegen Schiffe verübten Terrorismus zu untersuchen, um Empfehlungen über geeignete Maßnahmen abzugeben“,

in Anbetracht der Resolution A.584(14) der Versammlung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation vom 20. November 1985, in der zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verhütung widerrechtlicher Handlungen aufgerufen wurde, welche die Sicherheit von Schiffen sowie deren Fahrgästen und Besatzungen bedrohen,

im Hinblick darauf, daß Handlungen der Besatzung, die der üblichen Borddisziplin unterliegen, von diesem Übereinkommen nicht erfaßt werden,

in Bekräftigung dessen, daß es wünschenswert ist, die Regeln und Normen zur Verhütung und Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen Schiffe und gegen Menschen an Bord von Schiffen zu überwachen mit dem Ziel, sie nach Bedarf zu aktualisieren, und deshalb die vom Schiffsicherheitsausschuß der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation empfohlenen Maßnahmen zur Verhütung widerrechtlicher Handlungen gegen Fahrgäste und Besatzungen an Bord von Schiffen mit Befriedigung zur Kenntnis nehmend

sowie in Bekräftigung des Grundsatzes, daß für Fragen, die in diesem Übereinkommen nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten,

in der Erkenntnis, daß alle Staaten bei der Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt die

with rules and principles of general international law,

have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Convention, "ship" means a vessel of any type whatsoever not permanently attached to the seabed, including dynamically supported craft, submersibles, or any other floating craft.

Article 2

1 This Convention does not apply to:

- (a) a warship; or
- (b) a ship owned or operated by a State when being used as a naval auxiliary or for customs or police purposes; or
- (c) a ship which has been withdrawn from navigation or laid up.

2 Nothing in this Convention affects the immunities of warships and other Government ships operated for non-commercial purposes.

Article 3

1 Any person commits an offence if that person unlawfully and intentionally:

- (a) seizes or exercises control over a ship by force or threat thereof or any other form of intimidation; or
- (b) performs an act of violence against a person on board a ship if that act is likely to endanger the safe navigation of that ship; or
- (c) destroys a ship or causes damage to a ship or to its cargo which is likely to endanger the safe navigation of that ship; or
- (d) places or causes to be placed on a ship, by any means whatsoever, a device or substance which is likely to destroy that ship, or cause damage to that ship or its cargo which endangers or is likely to endanger the safe navigation of that ship; or
- (e) destroys or seriously damages maritime navigational facilities or seriously interferes with their operation, if any such act is likely to endanger the safe navigation of a ship; or
- (f) communicates information which he knows to be false, thereby endangering the safe navigation of a ship; or

de respecter strictement les règles et principes du droit international général,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Aux fins de la présente Convention, «navire» désigne un bâtiment de mer de quelque type que ce soit qui n'est pas attaché en permanence au fond de la mer et englobe les engins à portance dynamique, les engins submersibles et tous les autres engins flottants.

Article 2

1 La présente Convention ne s'applique pas:

- a) aux navires de guerre; ou
- b) aux navires appartenant à un Etat ou exploités par un Etat lorsqu'ils sont utilisés comme navires de guerre auxiliaires ou à des fins de douane ou de police; ou
- c) aux navires qui ont été retirés de la navigation ou désarmés.

2 Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux immunités dont jouissent les navires de guerre et les autres navires d'Etat utilisés à des fins non commerciales.

Article 3

1 Commet une infraction pénale toute personne qui illicitement et intentionnellement:

- a) s'empare d'un navire ou en exerce le contrôle par violence ou menace de violence; ou
- b) accomplit un acte de violence à l'encontre d'une personne se trouvant à bord d'un navire, si cet acte est de nature à compromettre la sécurité de la navigation du navire; ou
- c) détruit un navire ou cause à un navire ou à sa cargaison des dommages qui sont de nature à compromettre la sécurité de la navigation du navire; ou
- d) place ou fait placer sur un navire, par quelque moyen que ce soit, un dispositif ou une substance propre à détruire le navire ou à causer au navire ou à sa cargaison des dommages qui compromettent ou sont de nature à compromettre la sécurité de la navigation du navire; ou
- e) détruit ou endommage gravement des installations ou services de navigation maritime ou en perturbe gravement le fonctionnement, si l'un de ces actes est de nature à compromettre la sécurité de la navigation d'un navire; ou
- f) communique une information qu'elle sait être fausse et, de ce fait, compromet la sécurité de la navigation d'un navire; ou

Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts streng einhalten müssen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „Schiff“ ein nicht dauerhaft am Meeresboden befestigtes Wasserfahrzeug jeder Art, einschließlich Fahrzeuge mit dynamischem Auftrieb, Unterwassergerät und anderes schwimmendes Gerät.

Artikel 2

(1) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf

- a) Kriegsschiffe oder
- b) einem Staat gehörende oder von ihm eingesetzte Schiffe, wenn sie als Flottenhilfsschiffe oder für Zoll- oder Polizeizwecke benutzt werden, oder
- c) Schiffe, die aus dem Verkehr gezogen oder aufgelegt sind.

(2) Dieses Übereinkommen läßt die Immunitäten der Kriegsschiffe und der sonstigen Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen, unberührt.

Artikel 3

(1) Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- a) durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung ein Schiff in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt oder
- b) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person an Bord eines Schiffes verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die sichere Führung des Schiffes zu gefährden, oder
- c) ein Schiff zerstört oder einem Schiff oder seiner Ladung eine Beschädigung zufügt, die geeignet ist, die sichere Führung des Schiffes zu gefährden, oder
- d) in ein Schiff auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen läßt, die geeignet ist, dieses Schiff zu zerstören oder dem Schiff oder seiner Ladung eine Beschädigung zuzufügen, welche die sichere Führung des Schiffes gefährdet oder zu gefährden geeignet ist, oder
- e) Seenavigationseinrichtungen zerstört oder ernstlich beschädigt oder ihren Betrieb ernstlich beeinträchtigt, wenn eine solche Handlung geeignet ist, die sichere Führung eines Schiffes zu gefährden, oder
- f) wesentlich unrichtige Angaben macht und dadurch die sichere Führung eines Schiffes gefährdet oder

- (g) injures or kills any person, in connection with the commission or the attempted commission of any of the offences set forth in subparagraphs (a) to (f).

2 Any person also commits an offence if that person:

- (a) attempts to commit any of the offences set forth in paragraph 1; or
- (b) abets the commission of any of the offences set forth in paragraph 1 perpetrated by any person or is otherwise an accomplice of a person who commits such an offence; or
- (c) threatens, with or without a condition, as is provided for under national law, aimed at compelling a physical or juridical person to do or refrain from doing any act, to commit any of the offences set forth in paragraph 1, subparagraphs (b), (c) and (e), if that threat is likely to endanger the safe navigation of the ship in question.

Article 4

1 This Convention applies if the ship is navigating or is scheduled to navigate into, through or from waters beyond the outer limit of the territorial sea of a single State, or the lateral limits of its territorial sea with adjacent States.

2 In cases where the Convention does not apply pursuant to paragraph 1, it nevertheless applies when the offender or the alleged offender is found in the territory of a State Party other than the State referred to in paragraph 1.

Article 5

Each State Party shall make the offences set forth in article 3 punishable by appropriate penalties which take into account the grave nature of those offences.

Article 6

1 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in article 3 when the offence is committed:

- (a) against or on board a ship flying the flag of the State at the time the offence is committed; or
- (b) in the territory of that State, including its territorial sea; or
- (c) by a national of that State.

- g) blesse ou tue toute personne, lorsque ces faits présentent un lien de connexité avec l'une des infractions prévues aux alinéas a) à f), que celle-ci ait été commise ou tentée.

2 Commet également une infraction pénale toute personne qui:

- a) tente de commettre l'une des infractions prévues au paragraphe 1; ou
- b) incite une autre personne à commettre l'une des infractions prévues au paragraphe 1, si l'infraction est effectivement commise, ou est de toute autre manière le complice de la personne qui commet une telle infraction; ou
- c) menace de commettre l'une quelconque des infractions prévues aux alinéas b), c) et e) du paragraphe 1, si cette menace est de nature à compromettre la sécurité de la navigation du navire en question, ladite menace étant ou non assortie, selon la législation nationale, d'une condition visant à contraindre une personne physique ou morale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque.

Article 4

1 La présente Convention s'applique si le navire navigue ou si, d'après son plan de route, il doit naviguer dans des eaux, à travers des eaux ou en provenance d'eaux situées au-delà de la limite extérieure de la mer territoriale d'un seul Etat, ou des limites latérales de sa mer territoriale avec les Etats adjacents.

2. Dans les cas où la Convention n'est pas applicable conformément au paragraphe 1, ses dispositions sont toutefois applicables si l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction est découvert sur le territoire d'un Etat Partie autre que l'Etat visé au paragraphe 1.

Article 5

Tout Etat Partie réprime les infractions prévues à l'article 3 par des peines appropriées qui prennent en considération la nature grave de ces infractions.

Article 6

1 Tout Etat Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions prévues à l'article 3 quand l'infraction est commise:

- a) à l'encontre ou à bord d'un navire battant, au moment de la perpétration de l'infraction, le pavillon de cet Etat; ou
- b) sur le territoire de cet Etat, y compris sa mer territoriale; ou
- c) par un ressortissant de cet Etat.

- g) im Zusammenhang mit der Begehung oder der versuchten Begehung einer der unter den Buchstaben a bis f genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet.

(2) Eine Straftat begeht auch, wer

- a) eine der in Absatz 1 genannten Straftaten zu begehen versucht oder
- b) eine Person zur Begehung einer der in Absatz 1 genannten Straftaten anstiftet, sofern die Straftat tatsächlich begangen wird, oder sich sonst an der Begehung einer solchen Straftat beteiligt oder
- c) droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b, c und e genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die sichere Führung des betreffenden Schiffes zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

Artikel 4

(1) Dieses Übereinkommen findet Anwendung, wenn das Schiff in Gewässer einfährt, Gewässer durchfährt oder aus Gewässern kommt, die jenseits der seewärtigen Grenze des Küstenmeers eines einzelnen Staates oder jenseits der seitlichen Grenzen seines Küstenmeers zu angrenzenden Staaten liegen, oder wenn der Fahrplan des Schiffes dies vorsieht.

(2) In Fällen, in denen dieses Übereinkommen nicht nach Absatz 1 Anwendung findet, ist es dennoch anzuwenden, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats als des in Absatz 1 bezeichneten Staates aufgefunden wird.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat bedroht die in Artikel 3 genannten Straftaten mit angemessenen Strafen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

Artikel 6

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 3 genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird

- a) gegen ein Schiff, das zur Zeit der Begehung der Straftat die Flagge dieses Staates führt, oder an Bord eines solchen Schiffes oder
- b) im Hoheitsgebiet dieses Staates einschließlich seines Küstenmeers oder
- c) von einem Angehörigen dieses Staates.

2 A State Party may also establish its jurisdiction over any such offence when:

- (a) it is committed by a stateless person whose habitual residence is in that State; or
- (b) during its commission a national of that State is seized, threatened, injured or killed; or
- (c) it is committed in an attempt to compel that State to do or abstain from doing any act.

3 Any State Party which has established jurisdiction mentioned in paragraph 2 shall notify the Secretary-General of the International Maritime Organization (hereinafter referred to as "the Secretary-General"). If such State Party subsequently rescinds that jurisdiction, it shall notify the Secretary-General.

4 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in article 3 in cases where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite him to any of the States Parties which have established their jurisdiction in accordance with paragraphs 1 and 2 of this article.

5 This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law.

Article 7

1 Upon being satisfied that the circumstances so warrant, any State Party in the territory of which the offender or the alleged offender is present shall, in accordance with its law, take him into custody or take other measures to ensure his presence for such time as is necessary to enable any criminal or extradition proceedings to be instituted.

2 Such State shall immediately make a preliminary enquiry into the facts, in accordance with its own legislation.

3 Any person regarding whom the measures referred to in paragraph 1 are being taken shall be entitled to:

- (a) communicate without delay with the nearest appropriate representative of the State of which he is a national or which is otherwise entitled to establish such communication or, if he is a stateless person, the State in the territory of which he has his habitual residence;

- (b) be visited by a representative of that State.

4 The rights referred to in paragraph 3 shall be exercised in conformity with the laws and regulations of the State in the territory of which the offender or the alleged offender is present, subject to the proviso

2 Un Etat Partie peut également établir sa compétence aux fins de connaître de l'une quelconque de ces infractions:

- a) lorsqu'elle est commise par une personne apatride qui a sa résidence habituelle dans cet Etat; ou
- b) lorsque, au cours de sa perpétration, un ressortissant de cet Etat est retenu, menacé, blessé ou tué; ou
- c) lorsqu'elle est commise dans le but de contraindre cet Etat à accomplir un acte quelconque ou à s'en abstenir.

3 Tout Etat Partie qui a établi sa compétence pour les cas visés au paragraphe 2 le notifie au Secrétaire général de l'Organisation maritime internationale (dénommé ci-après «le Secrétaire général»). Si ledit Etat Partie abroge ensuite cette législation, il le notifie au Secrétaire général.

4 Tout Etat partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions prévues à l'article 3 dans les cas où l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur son territoire et où il ne l'extrade pas vers l'un quelconque des Etats Parties qui ont établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2 du présent article.

5 La présente Convention n'écarte aucune compétence pénale exercée conformément à la législation nationale.

Article 7

1 S'il estime que les circonstances le justifient et conformément à sa législation, tout Etat Partie sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction assure la détention de cette personne ou prend toutes autres mesures nécessaires pour assurer sa présence pendant le délai nécessaire à l'engagement de poursuites pénales ou d'une procédure d'extradition.

2 Ledit Etat procède immédiatement à une enquête à titre préliminaire en vue d'établir les faits, conformément à sa propre législation.

3 Toute personne à l'égard de laquelle sont prises les mesures visées au paragraphe 1 du présent article est en droit:

- a) de communiquer sans retard avec le plus proche représentant qualifié de l'Etat dont elle a la nationalité ou qui est autrement habilité à établir cette communication ou, s'il s'agit d'une personne apatride, de l'Etat sur le territoire duquel elle a sa résidence habituelle;

- b) de recevoir la visite d'un représentant de cet Etat.

4 Les droits visés au paragraphe 3 s'exercent dans le cadre des lois et règlements de l'Etat sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction, étant entendu toutefois que ces lois

(2) Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch begründen,

- a) wenn sie von einem Staatenlosen begangen wird, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder
- b) wenn bei ihrer Begehung ein Angehöriger dieses Staates festgehalten, bedroht, verletzt oder getötet wird oder
- c) wenn sie mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

(3) Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (im folgenden als „Generalsekretär“ bezeichnet). Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.

(4) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 3 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, daß der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

(5) Dieses Übereinkommen schließt eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Artikel 7

(1) Hält der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Täter oder der Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so nimmt er ihn nach seinem Recht in Haft oder trifft andere Maßnahmen, um seine Anwesenheit für die Zeit sicherzustellen, die zur Einleitung eines Straf- oder Auslieferungsverfahrens benötigt wird.

(2) Dieser Staat führt nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften umgehend eine vorläufige Untersuchung zur Feststellung des Sachverhalts durch.

(3) Jeder, gegen den die in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

- a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Angehöriger er ist oder der anderweitig zur Herstellung einer solchen Verbindung berechtigt ist, oder, wenn der Betreffende staatenlos ist, des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, in Verbindung zu treten;

- b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen.

(4) Die in Absatz 3 bezeichneten Rechte werden in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Staates ausgeübt, in dessen Hoheitsgebiet sich der Täter oder der Verdächtige befindet, wobei

that the said laws and regulations must enable full effect to be given to the purposes for which the rights accorded under paragraph 3 are intended.

5 When a State Party, pursuant to this article, has taken a person into custody, it shall immediately notify the States which have established jurisdiction in accordance with article 6, paragraph 1 and, if it considers it advisable, any other interested States, of the fact that such person is in custody and of the circumstances which warrant his detention. The State which makes the preliminary enquiry contemplated in paragraph 2 of this article shall promptly report its findings to the said States and shall indicate whether it intends to exercise jurisdiction.

Article 8

1 The master of a ship of a State Party (the "flag State") may deliver to the authorities of any other State Party (the "receiving State") any person who he has reasonable grounds to believe has committed one of the offences set forth in article 3.

2 The flag State shall ensure that the master of its ship is obliged whenever practicable, and if possible before entering the territorial sea of the receiving State carrying on board any person whom the master intends to deliver in accordance with paragraph 1, to give notification to the authorities of the receiving State of his intention to deliver such person and the reasons therefor.

3 The receiving State shall accept the delivery, except where it has grounds to consider that the Convention is not applicable to the acts giving rise to the delivery, and shall proceed in accordance with the provisions of article 7. Any refusal to accept a delivery shall be accompanied by a statement of the reasons for refusal.

4 The flag State shall ensure that the master of its ship is obliged to furnish the authorities of the receiving State with the evidence in the master's possession which pertains to the alleged offence.

5 A receiving State which has accepted the delivery of a person in accordance with paragraph 3 may, in turn, request the flag State to accept delivery of that person. The flag State shall consider any such request, and if it accedes to the request it shall proceed in accordance with article 7. If the flag State declines a request, it shall furnish the receiving State with a statement of the reasons therefor.

Article 9

Nothing in this Convention shall affect in any way the rules of international law pertaining to the competence of States to exercise investigative or enforcement jurisdiction on board ships not flying their flag.

et règlements doivent permettre la pleine réalisation des fins pour lesquelles les droits sont accordés en vertu du paragraphe 3.

5 Lorsqu'un Etat Partie a mis une personne en détention conformément aux dispositions du présent article, il avise immédiatement de cette détention, ainsi que des circonstances qui la justifient, les Etats qui ont établi leur compétence conformément au paragraphe 1 de l'article 6 et, s'il le juge opportun, tous autres Etats intéressés. L'Etat qui procède à l'enquête à titre préliminaire visée au paragraphe 2 du présent article en communique rapidement les conclusions auxdits Etats et leur indique s'il entend exercer sa compétence.

Article 8

1 Le capitaine d'un navire d'un Etat Partie (l'«Etat du pavillon») peut remettre aux autorités de tout autre Etat Partie (l'«Etat destinataire») toute personne dont il a de sérieuses raisons de croire qu'elle a commis l'une des infractions prévues à l'article 3.

2 L'Etat du pavillon veille à ce que le capitaine de son navire soit tenu, lorsque cela est possible dans la pratique et si possible avant d'entrer dans la mer territoriale de l'Etat destinataire avec à son bord toute personne qu'il se propose de remettre conformément aux dispositions du paragraphe 1, de notifier aux autorités de l'Etat destinataire son intention de remettre cette personne et les raisons qui motivent cette décision.

3 L'Etat destinataire accepte la remise de ladite personne, sauf s'il a des raisons de croire que la Convention ne s'applique pas aux faits qui motivent la remise, et agit conformément aux dispositions de l'article 7. Tout refus de recevoir une personne doit être motivé.

4 L'Etat du pavillon veille à ce que le capitaine de son navire soit tenu de communiquer aux autorités de l'Etat destinataire les éléments de preuve ayant trait à l'infraction présumée qui sont en sa possession.

5 Un Etat destinataire qui a accepté la remise d'une personne conformément aux dispositions du paragraphe 3 peut à son tour demander à l'Etat du pavillon d'accepter la remise de cette personne. L'Etat du pavillon examine une telle demande et, s'il y donne suite, agit conformément aux dispositions de l'article 7. Si l'Etat du pavillon rejette une demande, il communique à l'Etat destinataire les raisons qui motivent cette décision.

Article 9

Aucune disposition de la présente Convention n'affecte de quelque façon que ce soit les règles du droit international concernant l'exercice de la compétence des Etats en matière d'enquête ou d'exécution à bord des navires qui ne battent pas leur pavillon.

jedoch diese Gesetze und sonstigen Vorschriften die volle Verwirklichung der Zwecke gestatten müssen, für welche die Rechte nach Absatz 3 gewährt werden.

(5) Hat ein Vertragsstaat eine Person aufgrund dieses Artikels in Haft genommen, so zeigt er unverzüglich den Staaten, die in Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 1 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben, sowie, wenn er es für angebracht hält, jedem anderen interessierten Staat die Tatsache, daß diese Person in Haft ist, und die Umstände an, welche die Haft rechtfertigen. Der Staat, der die vorläufige Untersuchung nach Absatz 2 durchführt, unterrichtet die genannten Staaten unverzüglich über das Ergebnis der Untersuchung und teilt ihnen mit, ob er seine Gerichtsbarkeit auszuüben beabsichtigt.

Artikel 8

(1) Der Kapitän eines Schiffes eines Vertragsstaats („Flaggenstaat“) kann den Behörden eines anderen Vertragsstaats („Empfangsstaat“) jede Person übergeben, bei der er begründeten Anlaß zu der Annahme hat, daß sie eine der in Artikel 3 genannten Straftaten begangen hat.

(2) Der Flaggenstaat stellt sicher, daß der Kapitän seines Schiffes, wenn er eine Person an Bord mitführt, die er in Übereinstimmung mit Absatz 1 zu übergeben beabsichtigt, verpflichtet ist, die Behörden des Empfangsstaats, sofern praktisch durchführbar, nach Möglichkeit vor Einlaufen in das Küstenmeer des Empfangsstaats, von dieser Absicht sowie den Gründen dafür zu unterrichten.

(3) Der Empfangsstaat übernimmt die Person, sofern er nicht Gründe zu der Annahme hat, daß das Übereinkommen auf die Handlungen, die zu der Übergabe Anlaß geben, nicht anwendbar ist, und verfährt in Übereinstimmung mit Artikel 7. Die Ablehnung der Übernahme ist mit einer Darstellung der Gründe zu versehen.

(4) Der Flaggenstaat stellt sicher, daß der Kapitän seines Schiffes verpflichtet ist, das in seinem Besitz befindliche Beweismaterial, das sich auf die angebliche Straftat bezieht, den Behörden des Empfangsstaats zur Verfügung zu stellen.

(5) Ein Empfangsstaat, der eine Person in Übereinstimmung mit Absatz 3 übernommen hat, kann seinerseits den Flaggenstaat ersuchen, die betreffende Person zu übernehmen. Der Flaggenstaat prüft ein solches Ersuchen und verfährt, wenn er ihm stattgibt, in Übereinstimmung mit Artikel 7. Lehnt der Flaggenstaat ein Ersuchen ab, so übermittelt er dem Empfangsstaat eine Darstellung der Gründe dafür.

Artikel 9

Dieses Übereinkommen läßt die Regeln des Völkerrechts über die Zuständigkeit von Staaten für Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen an Bord von Schiffen, die nicht ihre Flagge führen, unberührt.

Article 10

1 The State Party in the territory of which the offender or the alleged offender is found shall, in cases to which article 6 applies, if it does not extradite him, be obliged, without exception whatsoever and whether or not the offence was committed in its territory, to submit the case without delay to its competent authorities for the purpose of prosecution, through proceedings in accordance with the laws of that State. Those authorities shall take their decision in the same manner as in the case of any other offence of a grave nature under the law of that State.

2 Any person regarding whom proceedings are being carried out in connection with any of the offences set forth in article 3 shall be guaranteed fair treatment at all stages of the proceedings, including enjoyment of all the rights and guarantees provided for such proceedings by the law of the State in the territory of which he is present.

Article 11

1 The offences set forth in article 3 shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between any of the States Parties. States Parties undertake to include such offences as extraditable offences in every extradition treaty to be concluded between them.

2 If a State Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another State Party with which it has no extradition treaty, the requested State Party may, at its option, consider this Convention as a legal basis for extradition in respect of the offences set forth in article 3. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested State Party.

3 States Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offences set forth in article 3 as extraditable offences between themselves, subject to the conditions provided by the law of the requested State.

4 If necessary, the offences set forth in article 3 shall be treated, for the purposes of extradition between States Parties, as if they had been committed not only in the place in which they occurred but also in a place within the jurisdiction of the State Party requesting extradition.

5 A State Party which receives more than one request for extradition from States which have established jurisdiction in accordance with article 6 and which decides not to prosecute shall, in selecting the State to which the offender or alleged offender is to be extradited, pay due regard to the

Article 10

1 L'Etat Partie sur le territoire duquel l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction est découvert est tenu, dans le cas où l'article 6 s'applique, s'il ne l'extrade pas, de soumettre l'affaire, sans retard et sans aucune exception, que l'infraction ait été ou non commise sur son territoire, à ses autorités compétentes pour l'exercice de l'action pénale selon une procédure conforme à la législation de cet Etat. Ces autorités prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute autre infraction de caractère grave conformément aux lois de cet Etat.

2 Toute personne contre laquelle une procédure est engagée en raison d'une des infractions prévues à l'article 3 jouit de la garantie d'un traitement équitable à tous les stades de la procédure, y compris la jouissance de tous les droits et garanties prévus pour une telle procédure par les lois de l'Etat sur le territoire duquel elle se trouve.

Article 11

1 Les infractions prévues à l'article 3 sont de plein droit comprises comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu entre Etats Parties. Les Etats Parties s'engagent à comprendre ces infractions comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition à conclure entre eux.

2 Si un Etat Partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité est saisi d'une demande d'extradition par un autre Etat Partie avec lequel il n'est pas lié par un traité d'extradition, l'Etat Partie requis a la latitude de considérer la présente Convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne les infractions prévues à l'article 3. L'extradition est subordonnée aux autres conditions prévues par le droit de l'Etat Partie requis.

3 Les Etats Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent les infractions prévues à l'article 3 comme cas d'extradition entre eux dans les conditions prévues par le droit de l'Etat requis.

4 Si nécessaire, entre Etats Parties, les infractions prévues à l'article 3 sont considérées aux fins d'extradition comme ayant été commises tant au lieu de leur perpétration qu'en un lieu relevant de la juridiction de l'Etat Partie qui demande l'extradition.

5 Un Etat Partie qui reçoit plus d'une demande d'extradition émanant d'Etats qui ont établi leur compétence conformément aux dispositions de l'article 6 et qui décide de ne pas engager de poursuites tient dûment compte, lorsqu'il choisit l'Etat vers lequel l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction

Artikel 10

(1) Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Täter oder der Verdächtige aufgefunden wird, ist in Fällen, auf die Artikel 6 Anwendung findet, wenn er ihn nicht ausliefert, verpflichtet, den Fall unverzüglich ohne irgendeine Ausnahme und unabhängig davon, ob die Tat in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde, seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach seinem Recht zu unterbreiten. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung in der gleichen Weise wie im Fall einer anderen Straftat schwerer Art nach dem Recht dieses Staates.

(2) Jedem, gegen den ein Verfahren wegen einer der in Artikel 3 genannten Straftaten durchgeführt wird, ist während des gesamten Verfahrens eine gerechte Behandlung zu gewährleisten, die den Genuß aller Rechte und Garantien einschließt, die das Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet er sich befindet, für das Verfahren vorsieht.

Artikel 11

(1) Die in Artikel 3 genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene, der Auslieferung unterliegende Straftaten. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es dem ersuchten Staat frei, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf die in Artikel 3 genannten Straftaten anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im übrigen den im Recht des ersuchten Vertragsstaats vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich die in Artikel 3 genannten Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

(4) Falls erforderlich, werden die in Artikel 3 genannten Straftaten für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch an einem der Hoheitsgewalt des Vertragsstaats, der um Auslieferung ersucht, unterstehenden Ort begangen worden.

(5) Ein Vertragsstaat, der mehrere Auslieferungsersuchen von Staaten erhält, die in Übereinstimmung mit Artikel 6 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben, und der beschließt, keine strafrechtliche Verfolgung durchzuführen, berücksichtigt bei der Auswahl des Staates, an den der Täter oder der

interests and responsibilities of the State Party whose flag the ship was flying at the time of the commission of the offence.

6 In considering a request for the extradition of an alleged offender pursuant to this Convention, the requested State shall pay due regard to whether his rights as set forth in article 7, paragraph 3, can be effected in the requesting State.

7 With respect to the offences as defined in this Convention, the provisions of all extradition treaties and arrangements applicable between States Parties are modified as between States Parties to the extent that they are incompatible with this Convention.

Article 12

1 States Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal proceedings brought in respect of the offences set forth in article 3, including assistance in obtaining evidence at their disposal necessary for the proceedings.

2 States Parties shall carry out their obligations under paragraph 1 in conformity with any treaties on mutual assistance that may exist between them. In the absence of such treaties, States Parties shall afford each other assistance in accordance with their national law.

Article 13

1 States Parties shall co-operate in the prevention of the offences set forth in article 3, particularly by:

- (a) taking all practicable measures to prevent preparations in their respective territories for the commission of those offences within or outside their territories;
- (b) exchanging information in accordance with their national law, and co-ordinating administrative and other measures taken as appropriate to prevent the commission of offences set forth in article 3.

2 When, due to the commission of an offence set forth in article 3, the passage of a ship has been delayed or interrupted, any State Party in whose territory the ship or passengers or crew are present shall be bound to exercise all possible efforts to avoid a ship, its passengers, crew or cargo being unduly detained or delayed.

tion doit être extradé, des intérêts et responsabilités de l'Etat Partie dont le navire battait le pavillon au moment de la perpétration de l'infraction.

6 Lorsqu'il examine une demande d'extradition soumise en vertu de la présente Convention au sujet de l'auteur présumé d'une infraction, l'Etat requis tient dûment compte de la question de savoir si cette personne peut exercer ses droits, tels que prévus au paragraphe 3 de l'article 7, dans l'Etat requérant.

7 S'agissant des infractions définies dans la présente Convention, les dispositions de tous les traités et accords d'extradition conclus entre Etats Parties sont modifiées entre Etats Parties dans la mesure où elles sont incompatibles avec la présente Convention.

Article 12

1 Les Etats Parties s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible dans toute procédure pénale relative aux infractions prévues à l'article 3, y compris pour l'obtention des éléments de preuve dont ils disposent et qui sont nécessaires aux fins de la procédure.

2 Les Etats Parties s'acquittent de leurs obligations en vertu du paragraphe 1 en conformité avec tout traité d'entraide judiciaire qui peut exister entre eux. En l'absence d'un tel traité, les Etats Parties s'accordent cette entraide en conformité avec leur législation nationale.

Article 13

1 Les Etats Parties collaborent à la prévention des infractions prévues à l'article 3, notamment:

- a) en prenant toutes les mesures possibles afin de prévenir la préparation, sur leurs territoires respectifs, des infractions destinées à être commises à l'intérieur ou en dehors de leurs territoires;
- b) en échangeant des renseignements en conformité avec les dispositions de leur législation nationale et en coordonnant les mesures administratives et autres prises, les cas échéant, afin de prévenir la perpétration des infractions prévues à l'article 3.

2 Lorsque le voyage d'un navire a été retardé ou interrompu, du fait de la perpétration d'une infraction prévue à l'article 3, tout Etat Partie sur le territoire duquel se trouvent le navire, les passagers ou l'équipage, doit faire tout son possible pour éviter que le navire, ses passagers, son équipage ou sa cargaison ne soient indûment retenus ou retardés.

Verdächtige ausgeliefert werden soll, gebührend die Interessen und Verantwortlichkeiten des Vertragsstaats, dessen Flagge das Schiff zu der Zeit führte, als die Straftat begangen wurde.

(6) Bei der Prüfung eines Ersuchens um Auslieferung eines Verdächtigen nach diesem Übereinkommen berücksichtigt der ersuchte Staat gebührend, ob die in Artikel 7 Absatz 3 genannten Rechte des Verdächtigen in dem ersuchenden Staat wahrgenommen werden können.

(7) Hinsichtlich der Straftaten im Sinne dieses Übereinkommens werden die Bestimmungen aller zwischen den Vertragsstaaten anwendbaren Auslieferungsverträge und -übereinkommen im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten geändert, soweit sie mit dem vorliegenden Übereinkommen unvereinbar sind.

Artikel 12

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Verfahren, die in Bezug auf die in Artikel 3 genannten Straftaten eingeleitet werden, einschließlich der Hilfe bei der Beschaffung der ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

(2) Die Vertragsstaaten erfüllen ihre Verpflichtungen nach Absatz 1 im Einklang mit den zwischen ihnen bestehenden Verträgen über die gegenseitige Rechtshilfe. In Ermangelung solcher Verträge gewähren die Vertragsstaaten einander Rechtshilfe nach ihrem innerstaatlichen Recht.

Artikel 13

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der in Artikel 3 genannten Straftaten zusammen, indem sie insbesondere

- a) alle durchführbaren Maßnahmen treffen, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder außerhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern;
- b) nach ihrem innerstaatlichen Recht Informationen austauschen sowie die getroffenen Verwaltungs- und anderen Maßnahmen, soweit geeignet, miteinander abstimmen, um die Begehung der in Artikel 3 genannten Straftaten zu verhindern.

(2) Ist wegen der Begehung einer in Artikel 3 genannten Straftat die Fahrt eines Schiffes verzögert oder unterbrochen worden, so ist jeder Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Schiff, die Fahrgäste oder die Besatzung befinden, verpflichtet, alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um zu vermeiden, daß ein Schiff, seine Fahrgäste, seine Besatzung oder seine Ladung ungebührlich lange zurückgehalten oder aufgehalten werden.

Article 14

Any State Party having reason to believe that an offence set forth in article 3 will be committed shall, in accordance with its national law, furnish as promptly as possible any relevant information in its possession to those States which it believes would be the States having established jurisdiction in accordance with article 6.

Article 14

Tout Etat Partie qui a lieu de croire qu'une infraction prévue à l'article 3 sera commise fournit, conformément à sa législation nationale, aussi rapidement que possible, tous renseignements utiles en sa possession aux Etats qui, à son avis, seraient les Etats ayant établi leur compétence conformément à l'article 6.

Artikel 14

Jeder Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, daß eine in Artikel 3 genannte Straftat begangen werden wird, übermittelt nach seinem innerstaatlichen Recht so schnell wie möglich alle in seinem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben den Staaten, bei denen es sich nach seiner Auffassung um die Staaten handelt, die in Übereinstimmung mit Artikel 6 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

Article 15

1 Each State Party shall, in accordance with its national law, provide to the Secretary-General as promptly as possible, any relevant information in its possession concerning:

- (a) the circumstances of the offence;
- (b) the action taken pursuant to article 13, paragraph 2;
- (c) the measures taken in relation to the offender or the alleged offender and, in particular, the results of any extradition proceedings or other legal proceedings.

2 The State Party where the alleged offender is prosecuted shall, in accordance with its national law, communicate the final outcome of the proceedings to the Secretary-General.

3 The information transmitted in accordance with paragraphs 1 and 2 shall be communicated by the Secretary-General to all States Parties, to members of the International Maritime Organization (hereinafter referred to as "the Organization"), to the other States concerned, and to the appropriate international intergovernmental organizations.

Article 15

1 Tout Etat Partie communique aussi rapidement que possible au Secrétaire général, conformément à sa législation nationale, tous renseignements utiles en sa possession relatifs:

- a) aux circonstances de l'infraction;
- b) aux mesures prises en application du paragraphe 2 de l'article 13;
- c) aux mesures prises à l'égard de l'auteur ou de l'auteur présumé de l'infraction et, en particulier, au résultat de toute procédure d'extradition ou autre procédure judiciaire.

2 L'Etat Partie dans lequel une action pénale a été engagée contre l'auteur présumé de l'infraction en communique, conformément à sa législation nationale, le résultat définitif au Secrétaire général.

3 Les renseignements communiqués conformément aux paragraphes 1 et 2 sont transmis par le Secrétaire général à tous les Etats Parties, aux Membres de l'Organisation maritime internationale (ci-après dénommée «l'Organisation»), aux autres Etats concernés et aux organisations intergouvernementales internationales appropriées.

Artikel 15

(1) Jeder Vertragsstaat stellt dem Generalsekretär nach seinem innerstaatlichen Recht so schnell wie möglich alle in seinem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben zur Verfügung über

- a) die Umstände der Straftat;
- b) die nach Artikel 13 Absatz 2 getroffenen Maßnahmen;
- c) die in bezug auf den Täter oder den Verdächtigen getroffenen Maßnahmen und insbesondere das Ergebnis eines Auslieferungsverfahrens oder eines anderen Verfahrens.

(2) Der Vertragsstaat, in dem der Verdächtige strafrechtlich verfolgt wird, teilt nach seinem innerstaatlichen Recht den Ausgang des Verfahrens dem Generalsekretär mit.

(3) Der Generalsekretär teilt allen Vertragsstaaten, den Mitgliedern der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet), den anderen betroffenen Staaten und den in Betracht kommenden internationalen zwischenstaatlichen Organisationen die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 übermittelten Angaben mit.

Article 16

1 Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation within a reasonable time shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If, within six months from the date of the request for arbitration, the parties are unable to agree on the organization of the arbitration any one of those parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

2 Each State may at the time of signature or ratification, acceptance or approval of this Convention or accession thereto, declare that it does not consider itself bound by any or all of the provisions of paragraph 1. The other States Parties shall not

Article 16

1 Tout différend entre des Etats Parties concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui ne peut pas être réglé par voie de négociation dans un délai raisonnable est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'un d'entre eux. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les Parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une requête conformément au Statut de la Cour.

2 Tout Etat peut, au moment où il signe, ratifie, accepte ou approuve la présente Convention ou y adhère, déclarer qu'il ne se considère pas lié par l'une quelconque ou par toutes les dispositions du paragraphe 1. Les autres Etats Parties ne sont pas liés par

Artikel 16

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht innerhalb einer angemessenen Frist durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren unterworfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

(2) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem erklären, daß er sich durch einzelne oder alle Bestimmungen des Absatzes 1 nicht als gebunden

be bound by those provisions with respect to any State Party which has made such a reservation.

3 Any State which has made a reservation in accordance with paragraph 2 may, at any time, withdraw that reservation by notification to the Secretary-General.

Article 17

1 This Convention shall be open for signature at Rome on 10 March 1988 by States participating in the International Conference on the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation and at the Headquarters of the Organization by all States from 14 March 1988 to 9 March 1989. It shall thereafter remain open for accession.

2 States may express their consent to be bound by this Convention by:

- (a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or
- (b) signature subject to ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval; or
- (c) accession.

3 Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

Article 18

1 This Convention shall enter into force ninety days following the date on which fifteen States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect thereof.

2 For a State which deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Convention after the conditions for entry into force thereof have been met, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect ninety days after the date of such deposit.

Article 19

1 This Convention may be denounced by any State Party at any time after the expiry of one year from the date on which this Convention enters into force for that State.

lesdites dispositions envers tout Etat Partie qui a formulé une telle réserve.

3 Tout Etat qui a formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe 2 peut à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au Secrétaire général.

Article 17

1 La présente Convention est ouverte le 10 mars 1988 à Rome à la signature des Etats participant à la Conférence internationale sur la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime et du 14 mars 1988 au 9 mars 1989 au Siège de l'Organisation à la signature de tous les Etats. Elle reste ensuite ouverte à l'adhésion.

2 Les Etats peuvent exprimer leur consentement à être liés par la présente Convention par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- c) adhésion.

3 La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

Article 18

1 La présente Convention entre en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date à laquelle quinze Etats ont, soit signé la Convention sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2 Pour un Etat qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la présente Convention ou d'adhésion à celle-ci après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet quatre-vingt-dix jours après la date du dépôt.

Article 19

1 La présente Convention peut être dénoncée par l'un quelconque des Etats Parties à tout moment après l'expiration d'une période de un an à compter de la date à laquelle la présente Convention entre en vigueur à l'égard de cet Etat.

betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt angebracht hat, durch diese Bestimmungen nicht gebunden.

(3) Ein Staat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 angebracht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückziehen.

Artikel 17

(1) Dieses Übereinkommen liegt am 10. März 1988 in Rom für die Teilnehmerstaaten der Internationalen Konferenz über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und vom 14. März 1988 bis zum 9. März 1989 am Sitz der Organisation für alle Staaten zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen.

(2) Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

Artikel 18

(1) Dieses Übereinkommen tritt neunzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem fünfzehn Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(2) Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt neunzig Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Artikel 19

(1) Dieses Übereinkommen kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens für den betreffenden Staat gekündigt werden.

2 Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument of denunciation with the Secretary-General.

3 A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after the receipt of the instrument of denunciation by the Secretary-General.

Article 20

1 A conference for the purpose of revising or amending this Convention may be convened by the Organization.

2 The Secretary-General shall convene a conference of the States Parties to this Convention for revising or amending the Convention, at the request of one third of the States Parties, or ten States Parties, whichever is the higher figure.

3 Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date of entry into force of an amendment to this Convention shall be deemed to apply to the Convention as amended.

Article 21

1 This Convention shall be deposited with the Secretary-General.

2 The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed this Convention or acceded thereto, and all Members of the Organization, of:

- (i) each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession together with the date thereof;
- (ii) the date of the entry into force of this Convention;
- (iii) the deposit of any instrument of denunciation of this Convention together with the date on which it is received and the date on which the denunciation takes effect;
- (iv) the receipt of any declaration or notification made under this Convention;

(b) transmit certified true copies of this Convention to all States which have signed this Convention or acceded thereto.

3 As soon as this Convention enters into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Depositary to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

2 La dénonciation s'effectue au moyen du dépôt d'un instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général.

3 La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secrétaire général a reçu l'instrument de dénonciation ou à l'expiration de tout délai plus long énoncé dans cet instrument.

Article 20

1 Une conférence peut être convoquée par l'Organisation en vue de réviser ou de modifier la présente Convention.

2 Le Secrétaire général convoque une conférence des Etats Parties à la présente Convention pour réviser ou modifier la Convention, à la demande d'un tiers des Etats Parties ou de dix Etats Parties, si ce dernier chiffre est plus élevé.

3 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur d'un amendement à la présente Convention est réputé s'appliquer à la Convention telle que modifiée.

Article 21

1 La présente Convention est déposée auprès du Secrétaire général.

2 Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé la présente Convention ou y ont adhéré ainsi que tous les Membres de l'Organisation:

- i) de toute nouvelle signature ou dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;
- ii) de la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention;
- iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation de la présente Convention ainsi que de la date à laquelle il a été reçu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet;
- iv) de la réception de toute déclaration ou notification faite en vertu de la présente Convention;

b) transmet des copies certifiées conformes de la présente Convention à tous les Etats qui l'ont signée ou qui y ont adhéré.

3 Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, une copie certifiée conforme en est transmise par le Dépositaire au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies pour y être enregistrée et publiée conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

(3) Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Eingang der Kündigungsurkunde beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 20

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Übereinkommens einberufen.

(2) Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens zur Revision oder Änderung des Übereinkommens ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder zehn Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl größer ist, dies verlangen.

(3) Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Übereinkommens hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung.

Artikel 21

(1) Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, sowie alle Mitglieder der Organisation über

- i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt;
- ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
- iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Übereinkommen sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) den Eingang jeder Erklärung oder Notifikation nach diesem Übereinkommen;

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Übereinkommens.

(3) Sogleich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens übermittelt der Verwahrer dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Article 22

This Convention is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian und Spanish languages, each text being equally authentic.

In witness whereof the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed this Convention.

Done at Rome this tenth day of March one thousand nine hundred and eighty-eight.

Article 22

La présente Convention est établie en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, chaque texte faisant également foi.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont apposé leur signature à la présente Convention.

Fait à Rome ce dix mars mil neuf cent quatre-vingt-huit.

Artikel 22

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 10. März 1988.

Protokoll
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen,
die sich auf dem Festlandsockel befinden

Protocol
for the Suppression of Unlawful Acts
against the Safety of Fixed Platforms located
on the Continental Shelf

Protocole
pour la répression d'actes illicites
contre la sécurité des plates-formes fixes situées
sur le plateau continental

The States Parties to this Protocol,

being Parties to the Convention for the
Suppression of Unlawful Acts against the
Safety of Maritime Navigation,

recognizing that the reasons for which the
Convention was elaborated also apply to
fixed platforms located on the continental
shelf,

taking account of the provisions of that
Convention,

affirming that matters not regulated by
this Protocol continue to be governed by the
rules and principles of general international
law,

have agreed as follows:

Article 1

1 The provisions of articles 5 and 7 and
of articles 10 to 16 of the Convention for the
Suppression of Unlawful Acts against the
Safety of Maritime Navigation (hereinafter
referred to as "the Convention") shall also
apply mutatis mutandis to the offences set
forth in article 2 of this Protocol where such
offences are committed on board or against
fixed platforms located on the continental
shelf.

2 In cases where the Protocol does not
apply pursuant to paragraph 1, it neverthe-
less applies when the offender or the
alleged offender is found in the territory of a
State Party other than the State in whose
internal waters or territorial sea the fixed
platform is located.

3 For the purposes of this Protocol, "fix-
ed platform" means an artificial island, in-
stallation or structure permanently attached
to the sea-bed for the purpose of explora-

Les Etats Parties au présent Protocole,

étant parties à la Convention pour la ré-
pression d'actes illicites contre la sécurité
de la navigation maritime,

reconnaissant que les raisons pour les-
quelles la Convention a été élaborée s'ap-
pliquent également aux plates-formes fixes
situées sur le plateau continental,

tenant compte des dispositions de ladite
Convention,

affirmant que les questions qui ne sont
pas réglementées par le présent Protocole
continueront d'être régies par les règles et
principes du droit international général,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

1 Les dispositions des articles 5 et 7 et
celles des articles 10 à 16 de la Convention
pour la répression d'actes illicites contre la
sécurité de la navigation maritime (ci-après
dénommée «la Convention») s'appliquent
également mutatis mutandis aux infractions
prévues à l'article 2 du présent Protocole
lorsque ces infractions sont commises à
bord ou à l'encontre de plates-formes fixes
situées sur le plateau continental.

2 Dans les cas où le présent Protocole
n'est pas applicable conformément au para-
graphe 1, ses dispositions sont toutefois
applicables si l'auteur ou l'auteur présumé
de l'infraction est découvert sur le territoire
d'un Etat Partie autre que l'Etat dans les
eaux intérieures ou dans la mer territoriale
duquel la plate-forme fixe est située.

3 Aux fins du présent Protocole, «plate-
forme fixe» désigne une île artificielle, une
installation ou un ouvrage attaché en per-
manence au fond de la mer aux fins de

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Übereinkom-
mens zur Bekämpfung widerrechtlicher
Handlungen gegen die Sicherheit der See-
schifffahrt,

in der Erkenntnis, daß die Gründe für die
Ausarbeitung des Übereinkommens auch
hinsichtlich fester Plattformen, die sich auf
dem Festlandsockel befinden, zutreffen,

unter Berücksichtigung der Bestimmun-
gen des genannten Übereinkommens,

in Bekräftigung des Grundsatzes, daß
für Fragen, die in diesem Protokoll nicht
geregelt sind, weiterhin die Regeln und
Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts
gelten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Artikel 5 und 7 sowie 10 bis 16 des
Übereinkommens zur Bekämpfung wider-
rechtlicher Handlungen gegen die Sicher-
heit der Seeschifffahrt (im folgenden als
„Übereinkommen“ bezeichnet) finden sinn-
gemäß auch auf die in Artikel 2 dieses Pro-
tokolls genannten Straftaten Anwendung,
wenn diese auf festen Plattformen, die sich
auf dem Festlandsockel befinden, oder
gegen solche festen Plattformen begangen
werden.

(2) In Fällen, in denen dieses Protokoll
nicht nach Absatz 1 Anwendung findet, ist
es dennoch anzuwenden, wenn der Täter
oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet
eines anderen Vertragsstaats als des Staa-
tes, in dessen inneren Gewässern oder
Küstenmeer sich die feste Plattform befin-
det, aufgefunden wird.

(3) Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet
der Ausdruck „feste Plattform“ eine künst-
liche Insel, eine Anlage oder ein Bauwerk,
die zum Zweck der Erforschung oder Aus-

tion or exploitation of resources or for other economic purposes.

l'exploration ou de l'exploitation de ressources ou à d'autres fins économiques.

beutung von Ressourcen oder zu anderen wirtschaftlichen Zwecken dauerhaft am Meeresboden befestigt sind.

Article 2

1 Any person commits an offence if that person unlawfully and intentionally:

- (a) seizes or exercises control over a fixed platform by force or threat thereof or any other form of intimidation; or
- (b) performs an act of violence against a person on board a fixed platform if that act is likely to endanger its safety; or
- (c) destroys a fixed platform or causes damage to it which is likely to endanger its safety; or
- (d) places or causes to be placed on a fixed platform, by any means whatsoever, a device or substance which is likely to destroy that fixed platform or likely to endanger its safety; or
- (e) injures or kills any person in connection with the commission or the attempted commission of any of the offences set forth in subparagraphs (a) to (d).

2 Any person also commits an offence if that person:

- (a) attempts to commit any of the offences set forth in paragraph 1; or
- (b) abets the commission of any such offences perpetrated by any person or is otherwise an accomplice of a person who commits such an offence; or
- (c) threatens, with or without a condition, as is provided for under national law, aimed at compelling a physical or juridical person to do or refrain from doing any act, to commit any of the offences set forth in paragraph 1, subparagraphs (b) and (c), if that threat is likely to endanger the safety of the fixed platform.

Article 3

1 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in article 2 when the offence is committed:

- (a) against or on board a fixed platform while it is located on the continental shelf of that State; or
- (b) by a national of that State.

Article 2

1 Commet une infraction pénale toute personne qui illicitement et intentionnellement:

- a) s'empare d'une plate-forme fixe ou en exerce le contrôle par violence ou menace de violence; ou
- b) accomplit un acte de violence à l'encontre d'une personne se trouvant à bord d'une plate-forme fixe, si cet acte est de nature à compromettre la sécurité de la plate-forme; ou
- c) détruit une plate-forme fixe ou lui cause des dommages qui sont de nature à compromettre sa sécurité; ou
- d) place ou fait placer sur une plate-forme fixe, par quelque moyen que ce soit, un dispositif ou une substance propre à détruire la plate-forme fixe ou de nature à compromettre sa sécurité; ou
- e) blesse ou tue toute personne, lorsque ces faits présentent un lien de connexité avec l'une des infractions prévues aux alinéas a) à d), que celle-ci ait été commise ou tentée.

2 Commet également une infraction pénale toute personne qui:

- a) tente de commettre l'une des infractions prévues au paragraphe 1; ou
- b) incite une autre personne à commettre l'une de ces infractions, si l'infraction est effectivement commise, ou est de toute autre manière le complice de la personne qui commet une telle infraction; ou
- c) menace de commettre l'une quelconque des infractions prévues aux alinéas b) et c) du paragraphe 1, si cette menace est de nature à compromettre la sécurité de la plate-forme fixe, ladite menace étant ou non assortie, selon la législation nationale, d'une condition visant à contraindre une personne physique ou morale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque.

Article 3

1 Tout Etat Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions prévues à l'article 2 quand l'infraction est commise:

- a) à l'encontre ou à bord d'une plate-forme fixe alors qu'elle se trouve sur le plateau continental de cet Etat; ou
- b) par un ressortissant de cet Etat.

Artikel 2

(1) Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- a) durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung eine feste Plattform in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt oder
- b) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einer festen Plattform verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die Sicherheit dieser Plattform zu gefährden, oder
- c) eine feste Plattform zerstört oder ihr eine Beschädigung zufügt, die geeignet ist, ihre Sicherheit zu gefährden, oder
- d) auf eine feste Plattform auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen läßt, die geeignet ist, die feste Plattform zu zerstören oder ihre Sicherheit zu gefährden, oder
- e) im Zusammenhang mit der Begehung oder der versuchten Begehung einer der unter den Buchstaben a bis d genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet.

(2) Eine Straftat begeht auch, wer

- a) eine der in Absatz 1 genannten Straftaten zu begehen versucht oder
- b) eine Person zur Begehung einer solchen Straftat anstiftet, sofern die Straftat tatsächlich begangen wird, oder sich sonst an der Begehung einer solchen Straftat beteiligt oder
- c) droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die Sicherheit der festen Plattform zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird

- a) gegen eine feste Plattform, während sie sich auf dem Festlandsockel dieses Staates befindet, oder auf einer solchen festen Plattform oder
- b) von einem Angehörigen dieses Staates.

2 A State Party may also establish its jurisdiction over any such offence when:

- (a) it is committed by a stateless person whose habitual residence is in that State;
- (b) during its commission a national of that State is seized, threatened, injured or killed; or
- (c) it is committed in an attempt to compel that State to do or abstain from doing any act.

3 Any State Party which has established jurisdiction mentioned in paragraph 2 shall notify the Secretary-General of the International Maritime Organization (hereinafter referred to as "the Secretary-General"). If such State Party subsequently rescinds that jurisdiction, it shall notify the Secretary-General.

4 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in article 2 in cases where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite him to any of the States Parties which have established their jurisdiction in accordance with paragraphs 1 and 2 of this article.

5 This Protocol does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law.

Article 4

Nothing in this Protocol shall affect in any way the rules of international law pertaining to fixed platforms located on the continental shelf.

Article 5

1 This Protocol shall be open for signature at Rome on 10 March 1988 and at the Headquarters of the International Maritime Organization (hereinafter referred to as "the Organization") from 14 March 1988 to 9 March 1989 by any State which has signed the Convention. It shall thereafter remain open for accession.

2 States may express their consent to be bound by this Protocol by:

- (a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or
- (b) signature subject to ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval; or
- (c) accession.

3 Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

4 Only a State which has signed the Convention without reservation as to ratifi-

2 Un Etat Partie peut également établir sa compétence aux fins de connaître de l'une quelconque de ces infractions:

- a) lorsqu'elle est commise par une personne apatride qui a sa résidence habituelle dans cet Etat;
- b) lorsque, au cours de sa perpétration, un ressortissant de cet Etat est retenu, menacé, blessé ou tué; ou
- c) lorsqu'elle est commise dans le but de contraindre cet Etat à accomplir un acte quelconque ou à s'en abstenir.

3 Tout Etat Partie qui a établi sa compétence pour les cas visés au paragraphe 2 le notifie au Secrétaire général de l'Organisation maritime internationale (dénommé ci-après «le Secrétaire général»). Si ledit Etat Partie abroge ensuite cette législation, il le notifie au Secrétaire général.

4 Tout Etat Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions prévues à l'article 2 dans les cas où l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur son territoire et où il ne l'extrade pas vers l'un quelconque des Etats Parties qui ont établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2 du présent article.

5 Le présent Protocole n'écarte aucune compétence pénale exercée conformément à la législation nationale.

Article 4

Aucune disposition du présent Protocole n'affecte de quelque façon que ce soit les règles du droit international concernant les plates-formes fixes situées sur le plateau continental.

Article 5

1 Le présent Protocole est ouvert le 10 mars 1988 à Rome et, du 14 mars 1988 au 9 mars 1989, au Siège de l'Organisation maritime internationale (dénommée ci-après «l'Organisation»), à la signature de tout Etat qui a signé la Convention. Il reste ensuite ouvert à l'adhésion.

2 Les Etats peuvent exprimer leur consentement à être liés par le présent Protocole par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- c) adhésion.

3 La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4 Seul un Etat qui a signé la Convention sans réserve quant à la ratification, l'accep-

(2) Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch begründen,

- a) wenn sie von einem Staatenlosen begangen wird, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder
- b) wenn bei ihrer Begehung ein Angehöriger dieses Staates festgehalten, bedroht, verletzt oder getötet wird oder
- c) wenn sie mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

(3) Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (im folgenden als „Generalsekretär“ bezeichnet). Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.

(4) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, daß der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

(5) Dieses Protokoll schließt eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Artikel 4

Dieses Protokoll läßt die Regeln des Völkerrechts über feste Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, unberührt.

Artikel 5

(1) Dieses Protokoll liegt am 10. März 1988 in Rom und vom 14. März 1988 bis zum 9. März 1989 am Sitz der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen.

(2) Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

(4) Nur ein Staat, der das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation,

cation, acceptance or approval, or has ratified, accepted, approved or acceded to the Convention may become a Party to this Protocol.

Article 6

1 This Protocol shall enter into force ninety days following the date on which three States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect thereof. However, this Protocol shall not enter into force before the Convention has entered into force.

2 For a State which deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol after the conditions for entry into force thereof have been met, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect ninety days after the date of such deposit.

Article 7

1 This Protocol may be denounced by any State Party at any time after the expiry of one year from the date on which this Protocol enters into force for that State.

2 Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument of denunciation with the Secretary-General.

3 A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after the receipt of the instrument of denunciation by the Secretary-General.

4 A denunciation of the Convention by a State Party shall be deemed to be a denunciation of this Protocol by that Party.

Article 8

1 A conference for the purpose of revising or amending this Protocol may be convened by the Organization.

2 The Secretary-General shall convene a conference of the States Parties to this Protocol for revising or amending the Protocol, at the request of one third of the States Parties, or five States Parties, whichever is the higher figure.

3 Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date of entry into force of an amendment to this Protocol shall be deemed to apply to the Protocol as amended.

Article 9

1 This Protocol shall be deposited with the Secretary-General.

tation ou l'approbation ou qui a ratifié, accepté, approuvé la Convention ou y a adhéré, peut devenir Partie au présent Protocole.

Article 6

1 Le présent Protocole entre en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date à laquelle trois Etats ont, soit signé le Protocole sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion. Toutefois, le présent Protocole ne peut entrer en vigueur avant l'entrée en vigueur de la Convention.

2 Pour un Etat qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Protocole ou d'adhésion à celui-ci après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet quatre-vingt-dix jours après la date du dépôt.

Article 7

1 Le présent Protocole peut être dénoncé par l'un quelconque des Etats Parties à tout moment après l'expiration d'une période de un an à compter de la date à laquelle le présent Protocole entre en vigueur à l'égard de cet Etat.

2 La dénonciation s'effectue au moyen du dépôt d'un instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général.

3 La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secrétaire général a reçu l'instrument de dénonciation ou à l'expiration de tout délai plus long énoncé dans cet instrument.

4 Une dénonciation de la Convention par un Etat Partie est réputée être une dénonciation du présent Protocole par cette Partie.

Article 8

1 Une conférence peut être convoquée par l'Organisation en vue de réviser ou de modifier le présent Protocole.

2 Le Secrétaire général convoque une conférence des Etats Parties au présent Protocole pour réviser ou modifier le Protocole, à la demande d'un tiers des Etats Parties ou de cinq Etats Parties, si ce dernier chiffre est plus élevé.

3 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole est réputé s'appliquer au Protocole tel que modifié.

Article 9

1 Le présent Protocole est déposé auprès du Secrétaire général.

Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder der es ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Artikel 6

(1) Dieses Protokoll tritt neunzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem drei Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.

(2) Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt neunzig Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Artikel 7

(1) Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

(3) Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Eingang der Kündigungsurkunde beim Generalsekretär wirksam.

(4) Eine Kündigung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat gilt als Kündigung dieses Protokolls durch den betreffenden Vertragsstaat.

Artikel 8

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder fünf Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl größer ist, dies verlangen.

(3) Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Artikel 9

(1) Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

2 The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed this Protocol or acceded thereto, and all Members of the Organization, of:

- (i) each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, together with the date thereof;
- (ii) the date of entry into force of this Protocol;
- (iii) the deposit of any instrument of denunciation of this Protocol together with the date on which it is received and the date on which the denunciation takes effect;

(iv) the receipt of any declaration or notification made under this Protocol or under the Convention, concerning this Protocol;

(b) transmit certified true copies of this Protocol to all States which have signed this Protocol or acceded thereto.

3 As soon as this Protocol enters into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Depositary to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 10

This Protocol is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Protocol.

Done at Rome this tenth day of March one thousand nine hundred and eighty-eight.

2 Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré ainsi que tous les Membres de l'Organisation:

- i) de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;
- ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;
- iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole ainsi que de la date à laquelle il a été reçu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet;

iv) de la réception de toute déclaration ou notification faite en vertu du présent Protocole ou de la Convention, concernant le présent Protocole;

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats qui l'ont signé ou qui y ont adhéré.

3 Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, une copie certifiée conforme en est transmise par le Dépositaire au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies pour y être enregistrée et publiée conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article 10

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, chaque texte faisant également foi.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont apposé leur signature au présent Protocole.

Fait à Rome ce dix mars mil neuf cent quatre-vingt-huit.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, sowie alle Mitglieder der Organisation über

- i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt;
- ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;
- iii) die Hinterlegung jeder Kündigungs-urkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) den Eingang jeder Erklärung oder Notifikation nach diesem Protokoll oder dem Übereinkommen, die sich auf dieses Protokoll bezieht;

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

(3) Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Verwahrer dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 10

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 10. März 1988.

Denkschrift zum Übereinkommen und zum Protokoll

I. Allgemeines

Das Übereinkommen und das Protokoll sollen dazu beitragen, terroristische Gewalttaten gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie gegen am Meeresboden befestigte Plattformen weltweit durch lückenlose Bestrafung aller Täter zu bekämpfen und die Sicherheit im maritimen Bereich dadurch zu erhöhen.

Die Initiative ging von Rat und Versammlung der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) aus, nachdem im Oktober 1985 eine Gruppe bewaffneter Terroristen das unter italienischer Flagge fahrende Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ bei der Fahrt von Alexandria nach Port Said in ihre Gewalt gebracht, mit der Erschießung der Passagiere gedroht und eine Person getötet hatte. Die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrienationen und die Europäische Gemeinschaft, die immer wieder den internationalen Terrorismus in allen seinen Formen nachdrücklich verurteilt und ihre Verpflichtung zu größtmöglichen Anstrengungen bei seiner Bekämpfung bekräftigt haben, sind wiederholt auch für die zügige und wirksame Zusammenarbeit in weltweiten internationalen Gremien wie der IMO eingetreten. Im September 1986 empfahl der Schiffssicherheitsausschuß der IMO den Mitgliedstaaten der Organisation eine Reihe vorbeugender Maßnahmen gegen Gewaltakte zur erhöhten Sicherheit von Schifffahrt und Häfen.

Die Bestimmungen des Übereinkommens und des darauf Bezug nehmenden Protokolls, bei deren Beratung anfänglich ein von österreichischer und italienischer Seite zusammen mit Ägypten erarbeiteter Entwurf zugrunde lag, lehnen sich – teilweise wörtlich – an vorausgegangene internationale Regelungen an, so vor allem:

- Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme (BGBl. II 1980 S. 1361);
- das Übereinkommen vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention) – BGBl. 1976 II S. 1745 –;
- das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229) (Übereinkommen von Montreal);
- das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) (Übereinkommen von Den Haag) sowie
- das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) (Übereinkommen von Tokio).

Auf die umfangreichen Ausführungen in den Denkschriften zu jenen Übereinkommen (Bundestagsdrucksachen 8/16, 1057; VI/3272, 3820; V/3266, 3553) wird Bezug genommen.

Vor diesem Hintergrund konnten in einer relativ kurzen Zeitspanne die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß eine vom 1. bis 10. März 1988 in Rom tagende Diplomatische Konferenz, an der 82 Staaten (davon 6 als Beobachter) teilnahmen, die vorliegenden Texte des Übereinkommens und des Protokolls verabschiedete. Das Übereinkommen wurde inzwischen von 42 Staaten – darunter Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Niederlande, Griechenland, Dänemark sowie die USA – das Protokoll von 40 Staaten unter dem Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet. Ein Staat hat das Übereinkommen und das Protokoll ratifiziert.

Das Übereinkommen geht von dem Prinzip des Völkergewohnheitsrechts aus, daß Gewalttaten gegen Schiffe im internationalen Seeverkehr die Völkergemeinschaft als Ganzes betreffen. Das Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See (BGBl. 1972 II S. 1089) hatte bereits konkrete Regeln (Artikel 14 bis 21) zur weltweiten Ächtung der Seeräuberei in internationalen Meeresgewässern aufgestellt. Diese Bestimmungen sind in den Artikeln 100 bis 107 des UN-Übereinkommens über das Seerecht vom 30. April 1982 (bisher nicht in Kraft) nahezu wortgleich übernommen worden. Artikel 14 Hohe-See-Übereinkommen verpflichtet zur weitestgehenden internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Seeräuberei. Nach den Artikeln 19 und 21 dürfen Seeräuberschiffe ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit universal von jedem Staat durch die Gerichte des aufbringenden Staates bestraft werden. Das in Rom geschlossene Übereinkommen geht darüber hinaus, indem es nach dem Vorbild der genannten Luftverkehrsübereinkommen die möglichst lückenlose Bestrafung oder Auslieferung der Gewalttäter verbindlich macht.

Der in diesem Sachbereich herkömmlicherweise zugrunde gelegte Begriff der Seeräuberei („piracy“, „Piraterie“) hat im Völkergewohnheitsrecht keine festen Konturen. Als besonders schwierig erwies sich – beispielsweise im Fall der gewaltsamen Inbesitznahme des Kreuzfahrtschiffes „Santa Maria“ im Jahre 1961 durch innenpolitische Gegner der Regierung eines Flaggenstaates – die Abgrenzung zum Rechtsgebiet der Anerkennung von Aufständischen und von kriegsführenden Parteien. Das Hohe-See-Übereinkommen erfaßt als „piracy“ in Artikel 15 neben bestimmten Beteiligungsformen jede rechtswidrige Gewalttat, Freiheitsberaubung oder Plünderung, die die Besatzung oder die Fahrgäste eines privaten Schiffes „zu privaten Zwecken“ begehen und die auf Hoher See „gegen ein anderes Schiff“ oder gegen Personen oder Vermögenswerte an Bord dieses Schiffes gerichtet ist. Kriegs- und Staatsschiffe genießen auf Hoher See vollständige Immunität (Artikel 8, 9), so daß bei ihnen als Piraterie nur Taten einer meuternden Besatzung gegen ein anderes Schiff in Betracht kommen (Artikel 16).

Diese Grundsätze des Hohe-See-Übereinkommens sind im vorliegenden Übereinkommen teilweise übernommen, teilweise aber auch erweitert worden:

- Die Immunität der Kriegs- und der sonstigen Staatsschiffe, die anderen als Handelszwecken dienen, bleibt

nach Artikel 2 Abs. 2 unberührt. Die bei der Konferenz in Rom von einigen Staaten mit Nachdruck geforderte Aufnahme einer speziellen Ächtung der durch Staaten oder auf deren Veranlassung begangenen Gewalttaten fand keine Mehrheit; allerdings verweist die Präambel auf die Resolution 40/61 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1985, worin alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken „gleich wo und von wem sie begangen werden“ als verbrecherisch verurteilt werden.

- Das Übereinkommen enthält keine Definition des Terrorismus und beschränkt den Gewaltbegriff – im Gegensatz zu Artikel 15 Hohe-See-Übereinkommen – nicht auf widerrechtliche Handlungen „zu privaten Zwecken“. Die Motive des Täters spielen daher für die Anwendbarkeit des Übereinkommens keine Rolle.
- Zudem kommt es nicht wie im Hohe-See-Übereinkommen darauf an, daß die widerrechtliche Handlung „gegen ein anderes Schiff“ oder die darauf befindlichen Personen oder Sachen gerichtet ist. Das Übereinkommen ist beispielsweise auch auf Gewaltakte anwendbar, die vom Land oder von Bord des betroffenen Schiffes ausgehen. Dabei werden jedoch nicht alle Tathandlungen an Bord einbezogen. Die Präambel erwähnt beispielhaft, daß Handlungen der Besatzung, die der üblichen Borddisziplin unterliegen, von dem Übereinkommen nicht erfaßt werden.

Im Verlaufe der Beratungen wurde der hierin zum Ausdruck gelangte Konsens bekräftigt, daß bei dem Übereinkommen an Gewalttaten im Sinne der Terrorismus-Resolution 40/61 der UN-Generalversammlung gedacht sei. Im übrigen geht aus der Präambel hervor, daß für die nicht geregelten Fragen weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten. Dies betrifft – unbeschadet des Titels des Übereinkommens – beispielsweise alle Fragen der Bekämpfung von terroristischen Handlungen im Zeitraum ihrer Begehung.

Die für das Übereinkommen geltenden Grundsätze sind auch für das Protokoll zu berücksichtigen, was dessen Präambel ausdrücklich vorsieht. Nach Völkergewohnheitsrecht dürfen die Küstenstaaten inner- oder außerhalb der Hoheitsgewässer auf ihrem Festlandsockel feste Anlagen zur Erkundung und Gewinnung der Naturschätze installieren und betreiben und in einer Sicherheitszone bis maximal 500 m Abstand von den Anlagen die für deren Schutz notwendigen Maßnahmen ergreifen – vgl. Artikel 5 Abs. 2 des von der Bundesrepublik Deutschland nicht ratifizierten Internationalen Übereinkommens vom 29. April 1958 über den Festlandsockel. Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens haben sich zum vorbeugenden Schutz der lebenden Naturschätze gegen schädigende Angriffe innerhalb der Sicherheitszone verpflichtet (Artikel 5 Abs. 7). Nach dem Seerechtsübereinkommen von 1982 genießen die Küstenstaaten über die Anlagen auf ihrem Festlandsockel „ausschließliche Hoheitsbefugnisse“ insbesondere auch zur Anwendung ihrer Rechtsvorschriften über die Sicherheit (Artikel 60, 80). Das Protokoll trägt dem besonderen völkerrechtlichen Status der fest auf dem Festlandsockel installierten Plattformen Rechnung, indem es die Bekämpfung gegen die Sicherheit gerichteter widerrechtlicher Handlungen zum Gegenstand eines gesonderten Rechtsinstruments macht. Vertragsstaaten des Protokolls können nach dessen Artikel 5 nur Staaten sein, die Vertragsstaaten des Übereinkommens sind. Wegen der besonderen Gefahren, die von Gewaltakten gegen feste

Plattformen – etwa bei Bohranlagen – zusätzlich für das Meer, die Schifffahrt und die Küstenregionen ausgehen können, erschien es im Interesse der gesamten Völkergemeinschaft als dringlich, die für die Sicherheit der Seeschifffahrt geltenden Bestimmungen auf die Sicherheit der festen Plattformen zu erstrecken. Rechtliche Folgerungen etwa im Sinne einer generellen Analogie von Seeschiff und Plattform können daraus, wie Artikel 4 des Protokolls unterstreicht, nicht abgeleitet werden.

Die Ziele des Übereinkommens und des Protokolls sollen international im wesentlichen durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- a) Der Begriff der Straftat im Sinne des Übereinkommens wird verbindlich umschrieben.
- b) Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, die Straftaten mit angemessenen Strafen zu bedrohen. Soweit sich die Strafdrohung im deutschen Strafgesetzbuch aufgrund von internationalen Übereinkommen speziell gegen die Täter von Angriffen auf den Luftverkehr richtet, ist sie auf die entsprechenden Sachverhalte des Seeverkehrs zu erstrecken.
- c) Durch eine umfassende Zuständigkeitsregelung wird sichergestellt, daß in allen Fällen zumindest ein Vertragsstaat zur Aburteilung zuständig ist. Nach § 6 Nr. 9 StGB gilt das deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatorts namentlich für im Ausland begangene Taten, die aufgrund eines für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen zwischenstaatlichen Abkommens auch dann zu verfolgen sind, wenn sie im Ausland begangen werden. Die Bestimmung des § 6 Nr. 3 StGB, die daneben die vom Recht des Tatorts unabhängige Strafbarkeit des Angriffs auf den Luftverkehr vorsieht, ist auf den Seeverkehr zu erweitern.
- d) Der Täter muß, wenn er nicht ausgeliefert wird, den zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung zugeführt werden; das weitere Verfahren richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht.

Das Übereinkommen kann unter anderem als ein Beitrag zur Ausfüllung der in Artikel 14 des Hohe-See-Übereinkommens enthaltenen Verpflichtung zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Unterdrückung der Seeräuberei angesehen werden. Übereinkommen und Protokoll lassen die Bestimmungen des Übereinkommens gegen Geiselnahme unberührt; diese finden, soweit die Sicherheit der Seeschifffahrt oder der festen Plattformen betroffen ist, neben denen des Übereinkommens und Protokolls Anwendung. In jedem Fall müssen, wie die Präambeln des Übereinkommens und des Protokolls unterstreichen, bei der Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts, zu denen insbesondere die des humanitären Rechts zählen, streng eingehalten werden.

II. Besonderes

1. Übereinkommen

Das Übereinkommen besteht aus einer Präambel und 22 Artikeln.

In der Präambel werden die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die Menschenrechte der Opfer von terroristischen Handlungen sowie die ernste

Besorgnis der Völkergemeinschaft hinsichtlich der vom Terrorismus ausgehenden Gefahren angesprochen. Ferner wird die Überzeugung ausgedrückt, daß dringend eine internationale zwischenstaatliche Zusammenarbeit zur Verhütung aller widerrechtlichen Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zur strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung der Täter entwickelt werden muß. Die Präambel zitiert die Terrorismus-Resolution 40/61 der UN-Generalversammlung und schließt mit Hinweisen auf die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts.

Zu Artikel 1

Dem Schutzzweck des Übereinkommens – Sicherheit der Seeschifffahrt – wird im Rahmen der Begriffsdefinition durch einen umfassenden Begriff für das Schiff („vessel of any type whatsoever“) entsprochen. Artikel 1 ist an Artikel 2 Abs. 4 des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe – MARPOL – (BGBl. 1982 II S. 2) orientiert. Er erfaßt nicht die – im Protokoll geregelten – dauerhaft am Meeresboden befestigten Plattformen.

Zu Artikel 2

Die (ständig oder auf Zeit) nicht an der Seeschifffahrt teilnehmenden Schiffe werden nach Absatz 1 von der Anwendung des Übereinkommens ausgenommen. Dasselbe gilt in Anlehnung an die Regelung für den Zivilluftverkehr (Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens von Den Haag; Artikel 4 Abs. 1 des Übereinkommens von Montreal) sowie im Hinblick auf die nach Absatz 2 unberührt bleibenenden völkerrechtlichen Immunitäten (vgl. Artikel 8 und 9 Hohe-See-Übereinkommen) für die Kriegsschiffe und für die staatlich als Flottenhilfsschiffe, Zoll- oder Polizeifahrzeuge eingesetzten Schiffe.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift bestimmt, welche Straftaten unter das Übereinkommen fallen.

Absatz 1 Buchstabe a (Inbesitznahme eines Schiffes durch Anwendung von Gewalt oder Einschüchterung) entspricht Artikel 1 Buchstabe a des Übereinkommens von Den Haag.

Absatz 1 Buchstabe b (Gewalt gegen eine Person an Bord) entspricht Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a des Übereinkommens von Montreal. Zu den gewalttätigen Handlungen zählt nicht die bloße Einschüchterung. Die Handlung muß geeignet sein, die sichere Führung eines Schiffes zu gefährden. Dabei kann sich das Schiff vor Anker befinden. Wie im Übereinkommen von Montreal ist das Vorliegen einer konkreten Gefahr für andere am Verkehr Beteiligte nicht erforderlich.

Absatz 1 Buchstabe c (Zerstörung des Schiffs oder Beschädigung von Schiff oder Ladung) entspricht Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe b des Übereinkommens von Montreal und bezieht zusätzlich die – für die Sicherheit der Seeschifffahrt besonders wichtige – Ladung ein.

Absatz 1 Buchstabe d (Verbringen gefährdender Sachen an Bord) entspricht Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe c des Übereinkommens von Montreal und bezieht sich zusätzlich auf die Gefährdung der Ladung. Es handelt sich um den selbständigen Tatbestand einer Vorbereitungs- bzw. Versuchshandlung.

Absatz 1 Buchstabe e (Zerstörung oder Beschädigung von Seenavigationseinrichtungen) entspricht Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe d des Übereinkommens von Montreal. In Betracht kommen nur Taten mit erheblichem Schadensausmaß („ernstliche“ Beschädigung oder Beeinträchtigung). Im Gegensatz zum Übereinkommen von Montreal (Artikel 4 Abs. 5) kommt es auf die Frage der internationalen Verwendung der Einrichtung nicht an.

Absatz 1 Buchstabe f (Schiffsgefährdung durch unrichtige Angaben – z. B. falscher Bombenalarm) entspricht Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe e des Übereinkommens von Montreal.

In Absatz 1 Buchstabe g wird die Verletzung oder Tötung einer Person im Zusammenhang mit der Begehung einer der Taten nach Buchstabe a bis f als Spezialtatbestand umschrieben.

Absatz 2 entspricht in Buchstabe a und b, wo der Versuch und die Teilnahme an den Handlungen im Sinne des Absatzes 1 zu strafbaren Handlungen erklärt werden, dem Artikel 1 des Übereinkommens von Den Haag bzw. dem Artikel 1 Abs. 2 des Übereinkommens von Montreal. Buchstabe c (Androhung von Verletzungen oder Beschädigungen im Sinne von Absatz 1) entspricht Artikel 1 Abs. 1 des Übereinkommens gegen Geiselnahme. Es kommt hier nicht darauf an, ob nach innerstaatlichem Recht eine Nötigung vorliegt.

Zu Artikel 4

Der Anwendungsbereich des Übereinkommens ist auf Sachverhalte des Seeverkehrs beschränkt, die einen Anknüpfungspunkt für eine internationale Zuständigkeit aufweisen. Daran fehlt es nach Absatz 1 bei fahrplanmäßig ausschließlich innerhalb der Hoheitsgewässer irgendeines einzelnen Vertragsstaates stattfindenden oder durchzuführenden Seereisen, es sei denn, ein bereits verurteilter Täter oder ein Tatverdächtiger im Sinne des Übereinkommens wird in einem anderen Staat, der dem Übereinkommen als Vertragspartei angehört, angetroffen (Absatz 2). Ein solches Erfordernis eines internationalen Bezuges entspricht dem Artikel 3 Abs. 3 des Übereinkommens von Den Haag, Artikel 4 Abs. 2 und 3 des Übereinkommens von Montreal sowie Artikel 13 des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Zu Artikel 5

Die Vertragsstaaten werden in dieser Vorschrift verpflichtet, die Begehung der widerrechtlichen Handlungen gegen die Sicherheit des Seeverkehrs (Artikel 3) unter Strafe zu stellen. Die Bestrafung soll angemessen sein und der Schwere der Tat einschließlich strafmildernder Gesichtspunkte Rechnung tragen. Die Formulierung entspricht Artikel 2 des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Zu Artikel 6

Die Vorschrift hat zum Ziel, daß eventuell noch bestehende Lücken bei der Strafgerichtsbarkeit hinsichtlich der in Artikel 3 umschriebenen widerrechtlichen Handlungen geschlossen werden, wobei es zu überlappenden Zuständigkeiten kommt.

In Absatz 1 werden die Vertragsstaaten zur Begründung der Gerichtsbarkeit über die Straftaten nach Artikel 3 verpflichtet. Die einzelnen Bestimmungen folgen den im internationalen Strafrecht für die Begründung der Gerichtsbar-

keit allgemein anerkannten Grundsätzen des Flaggenstaatsprinzips (Absatz 1 Buchstabe a; vgl. § 4 StGB), des Territorialprinzips (Absatz 1 Buchstabe b; vgl. § 3 StGB) sowie des Nationalitätenprinzips (Absatz 1 Buchstabe c; vgl. § 7 Abs. 2 Nr. 1 StGB). Die Regelung in Buchstabe a und b entspricht Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe a des Übereinkommens von Den Haag, Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe a und b des Übereinkommens von Montreal und Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe a und b des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Absatz 2 nennt ferner drei Fälle, in denen die Vertragsstaaten, ohne dazu verpflichtet zu sein, ihre Strafbarkeit begründen können. Mit ihnen wird für den Anwendungsbereich des Übereinkommens die Geltung des Wohnsitzprinzips (Buchstabe a sowie des Schutzgüterprinzips (Buchstabe b und c; vgl. §§ 5 und 7 StGB) als Anknüpfungspunkt für die staatliche Gerichtsbarkeit anerkannt. Dies entspricht Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe b, c und d des Übereinkommens gegen Geiselnahme. Eine entsprechende nationale Gerichtsbarkeit und ihre Aufhebung ist nach Absatz 3 dem IMO-Generalsekretär zu notifizieren, der sie den Mitgliedstaaten der IMO bekanntgibt. Dies ist für die Vertragsstaaten u. a. im Rahmen der Artikel 7 Abs. 5, Artikel 11 Abs. 5 sowie Artikel 14 von Bedeutung.

Nach Absatz 4 sind die Vertragsstaaten verpflichtet, ihre Gerichtsbarkeit für den Fall zu begründen, daß der mutmaßliche Täter sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet und nicht im Hinblick auf die im Sinne der Absätze 1 und 2 bestehende Gerichtsbarkeit eines anderen Vertragsstaats ausgeliefert wird. Dies entspricht Artikel 4 Abs. 2 des Übereinkommens von Den Haag, Artikel 5 Abs. 2 des Übereinkommens von Montreal und Artikel 5 Abs. 2 des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Zu Artikel 7

Es werden Verpflichtungen eines jeden Vertragsstaats für den Fall vorgesehen, daß eine Person, die einer Straftat nach dem Übereinkommen verdächtig ist, in seinem Hoheitsgebiet angetroffen wird. Die Bestimmung entspricht jeweils Artikel 6 des Übereinkommens von Den Haag, des Übereinkommens von Montreal und des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Nach Absatz 1 hat dieser Staat den mutmaßlichen Täter erforderlichenfalls in Gewahrsam zu nehmen oder andere Maßnahmen zu treffen, um seine Anwesenheit bis zur Einleitung eines Straf- oder Auslieferungsverfahrens sicherzustellen. Dabei bringt das Übereinkommen durch Bezugnahme auf das innerstaatliche Recht zum Ausdruck, daß hier kein neuer Haftgrund eingeführt wird.

Absatz 2 sieht vor, daß nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften umgehend eine vorläufige Untersuchung zur Feststellung des Sachverhalts durchzuführen ist.

Nach den Absätzen 3 und 4 ist jeder von Maßnahmen nach Absatz 1 betroffene mutmaßliche Täter berechtigt, mit dem nächsten zuständigen Vertreter seines Heimat- oder sonstigen Schutzstaats in Verbindung zu treten und den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen; der Zweck der Vorschrift darf nicht durch innerstaatliche Gesetze unterlaufen werden. Daneben bleibt – ohne daß dies eigens erwähnt wird – beispielsweise die Möglichkeit des Gewahrsamsstaats unberührt, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zur Kontaktaufnahme mit dem Verdächtigen aufzufordern.

Absatz 5 schreibt vor, daß von einer Inhaftierung nach Absatz 1 tunlichst alle interessierten Staaten, jedenfalls aber die Vertragsstaaten, die nach Artikel 6 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben, unter Angabe der Umstände unterrichtet werden. Das gleiche gilt von den Ergebnissen der Untersuchung und von der Absicht, die Gerichtsbarkeit auszuüben; hierdurch wird anderen Staaten die Entscheidung erleichtert, ob sie eine Auslieferung des Verdächtigen verlangen sollen.

Zu Artikel 8

Wird ein Tatverdächtiger im Verlauf einer Schiffsreise außerhalb der Gewässer des Flaggenstaats ergriffen, so ist es für die Sicherheit der Seeschifffahrt unter Umständen von größter Bedeutung, daß der Kapitän ihn den Behörden eines anderen nahegelegenen Vertragsstaats ohne Komplikationen übergeben kann. Artikel 8 entspricht Artikel 9 des Übereinkommens von Tokio.

Absatz 1 regelt den Grundsatz, daß der Kapitän solche Personen bei begründetem Verdacht, eine Tat im Sinne von Artikel 3 begangen zu haben, den Behörden eines anderen Vertragsstaats als des Flaggenstaats übergeben darf. Ob er hiervon Gebrauch macht, hängt zusätzlich vom Recht des Flaggenstaats ab.

Nach den Absätzen 2 und 4 ist sicherzustellen, daß der Kapitän gegenüber den Behörden dieses Staates rechtzeitig – nach Möglichkeit vor Einlaufen eines Schiffs in das Küstenmeer dieses Staates – seine Absicht unter Angabe der Gründe mitteilt und anschließend das sächliche Beweismaterial zur Verfügung stellt.

In den Absätzen 3 und 5 wird dem Empfangsstaat die Übernahme des Verdächtigen aufgegeben, es sei denn, er hält das Übereinkommen unter Darstellung der Gründe für nicht anwendbar. Das weitere Verfahren richtet sich nach Artikel 7. Lehnt der vom Empfangsstaat ersuchte Flaggenstaat die Übernahme ab, so hat er gleichfalls die Gründe darzustellen.

Zu Artikel 9

Artikel 8 und andere Vorschriften des Übereinkommens dürfen nicht so verstanden werden, als schränken sie die Regeln des Völkerrechts über staatliche Eingriffsmöglichkeiten gegenüber fremdflaggen Seeschiffen ein, wie sie insbesondere im Hohe-See-Übereinkommen, im Seerechtsübereinkommen von 1982 und in einer Reihe spezieller Übereinkommen (z. B. MARPOL) geregelt sind. Artikel 9 stellt klar, daß diese Regeln unberührt bleiben.

Zu Artikel 10

Artikel 10 sieht als die Kernbestimmung des Übereinkommens vor, daß der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Verdächtige aufgefunden wird, verpflichtet ist, diesen ohne jegliche Ausnahme entweder auszuliefern oder durch seine zuständigen Behörden strafrechtlich zu verfolgen. Es ist also z. B. unerheblich, ob der Verdächtige politische Motive für seine Handlungen geltend macht. Die Behörden haben ihre Entscheidung nach den Rechtsvorschriften zu treffen, die in dem betreffenden Staat für die Ahndung der nach allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften strafbaren Handlungen schwerer Art bestehen. Artikel 10 verpflichtet somit nicht dazu, in jedem Fall Anklage zu erheben, sondern läßt etwaige innerstaatliche Vorschrif-

ten, nach denen unter bestimmten Voraussetzungen von einer Strafverfolgung oder der Erhebung einer öffentlichen Klage abgesehen werden kann – wie z. B. §§ 153 ff. StPO – unberührt. Die Vorschrift entspricht Artikel 7 des Übereinkommens von Den Haag, Artikel 7 des Übereinkommens von Montreal und Artikel 8 des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Zu Artikel 11

Die Vorschrift stellt sicher, daß widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt von den Vertragsstaaten als auslieferungsfähiges Delikt behandelt werden.

Nach Absatz 1 gelten diese Handlungen als in jeden zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene, der Auslieferung unterliegende Straftaten und müssen in künftige Auslieferungsverträge als auslieferungsfähiges Delikt einbezogen werden. Wie bei anderen Auslieferungsdelikten müssen allerdings, damit die Auslieferung zulässig ist, auch alle übrigen im Vertrag vorgesehenen Voraussetzungen für eine Auslieferung gegeben sein.

Absatz 2 ermöglicht, daß ein ersuchter Staat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrages abhängig macht (wie dies z. B. im anglo-amerikanischen Rechtskreis der Fall ist), beim Fehlen eines solchen Vertrages mit dem ersuchenden Staat das vorliegende Übereinkommen diesem gegenüber als Rechtsgrundlage ansieht.

Für den vertragslosen Auslieferungsverkehr bestimmt Absatz 3, daß die strafbaren Handlungen im Sinne des Artikels 3 als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen angesehen werden.

Da einige Staaten nur dann ausliefern, wenn die Straftat im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begangen wurde, wird die Tat nach Absatz 4 für die Zwecke der Auslieferung so angesehen, als sei sie auch im Hoheitsbereich des ersuchenden Staates begangen worden.

Das Übereinkommen schreibt dem auslieferungswilligen Staat nicht vor, an welchen von mehreren ersuchenden Vertragsstaaten, die ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 6 begründet haben, der Verdächtige auszuliefern ist. Jedoch wird dem ersuchten Staat in den Absätzen 5 und 6 die gebührende Berücksichtigung zweier spezifischer Gesichtspunkte aufgegeben. Zum einen ist der in Artikel 5 des Hohe-See-Übereinkommens und Artikel 94 des Seerechtsübereinkommens von 1982 angesprochenen spezifischen Verantwortlichkeit des Flaggenstaats für die seine Flagge führenden Schiffe Rechnung zu tragen. Zum anderen ist darauf zu achten, daß die in Artikel 7 Abs. 3 genannten Rechte des Verdächtigen in dem Staat, in den ausgeliefert werden soll, auch wirklich wahrgenommen werden können.

Absatz 7 ergänzt Absatz 1 durch die Auslegungsregel, daß die Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens den bisher zwischen den Vertragsparteien geltenden Auslieferungsvereinbarungen im Zweifel vorgehen.

Die Absätze 1 bis 4 entsprechen Artikel 8 des Übereinkommens von Den Haag, Artikel 8 des Übereinkommens von Montreal und Artikel 10 des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Zu Artikel 12

Bei anhängigen Ermittlungsverfahren wegen strafbarer Handlungen nach Artikel 3 haben die Vertragsstaaten auf vertraglicher oder nationaler Rechtsgrundlage soweit wie möglich gegenseitige internationale Rechtshilfe – auch hinsichtlich der Beweismittel – zu leisten. Die Vorschrift entspricht Artikel 10 des Übereinkommens von Den Haag, Artikel 11 des Übereinkommens von Montreal und Artikel 11 des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Zu Artikel 13

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten zur internationalen Amtshilfe und Abstimmung bei der im Rahmen ihrer Rechtsordnung durchgeführten vorbeugenden Bekämpfung der strafbaren Handlungen nach Artikel 3. Die angesprochene Zusammenarbeit richtet sich auf konkrete, in einer bestimmten Gefährdungssituation durchzuführende Einzelmaßnahmen, insbesondere den vorbeugenden Zugriff auf mögliche Täter einer der in Artikel 3 genannten Handlungen. Die Vorschrift entspricht Artikel 10 Abs. 1 des Übereinkommens von Montreal sowie Artikel 4 Buchstabe b des Übereinkommens gegen Geiselnahme.

Absatz 2 soll durch entsprechende Verpflichtung der Vertragsstaaten zu „äußersten Anstrengungen“ ausschließen, daß das Schiff, die Fahrgäste, die Besatzung oder die Ladung im Zusammenhang mit einer Straftat nach Artikel 3 irgendwo länger als unbedingt erforderlich festgehalten werden. Die Bestimmung entspricht Artikel 9 des Übereinkommens von Den Haag und Artikel 10 Abs. 2 des Übereinkommens von Montreal.

Zu Artikel 14

Jeder Vertragsstaat ist bei begründetem Verdacht einer bevorstehenden Straftat nach Artikel 3 zur sofortigen sachdienlichen Unterrichtung der Vertragsstaaten verpflichtet, die ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 6 begründet haben, ohne daß es darauf ankommt, ob er selbst eine solche Gerichtsbarkeit begründet hat. Die Vorschrift entspricht Artikel 12 des Übereinkommens von Montreal.

Zu Artikel 15

Die Vorschrift verpflichtet die Vertragsstaaten, den Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation über die Umstände der strafbaren Handlung sowie alle etwaigen Maßnahmen zu unterrichten. Der Generalsekretär teilt die übermittelten Angaben den in Betracht kommenden Staaten und Organisationen mit.

Zu Artikel 16

Nach dieser Vorschrift können Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden, auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsverfahren oder bei Nichteinigung dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden (Absatz 1).

Dieser Artikel ist die einzige Bestimmung des Übereinkommens, die zum Gegenstand eines Vorbehalts gemacht werden kann (Absätze 2 und 3).

Zu den Artikeln 17 bis 22

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußklauseln. Die deutsche Übersetzung des nach Artikel 22 in den Amts-

sprachen der IMO abgefaßten Wortlauts beruht auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweiz.

2. Protokoll

Das Protokoll besteht aus einer Präambel und zehn Artikeln.

Die Präambel verweist auf die Erwägungsgründe des Übereinkommens, dem alle Vertragsstaaten des Protokolls als Vertragspartei angehören.

Zu Artikel 1

Nach Absatz 1 sind bei Straftaten im Sinne des Protokolls, die im Festlandsockelbereich auf festen Plattformen oder gegen diese begangen werden, die Artikel 5 (Strafdrohung) und 7 (Festnahme) sowie 10 bis 16 des Übereinkommens (Anklage, Auslieferung, Rechts- und Amtshilfe, Unterrichtung der IMO, Streitbeilegung) sinngemäß anzuwenden.

Nach Absatz 2 ist das Protokoll ausnahmsweise auch auf Gewalthandlungen gegen im Bereich der Hoheitsgewässer installierte feste Plattformen eines Vertragsstaats anzuwenden, wenn ein bereits verurteilter Täter oder ein Tatverdächtiger in einem anderen Vertragsstaat angetroffen wird. Die Vorschrift entspricht Artikel 4 Abs. 2 des Übereinkommens.

In Absatz 3 wird unter Verwendung der Terminologie von Artikel 60 des Seerechtsübereinkommens 1982 der Begriff „feste Plattformen“ definiert, wobei es zur Abgrenzung

gegenüber dem Anwendungsbereich des Übereinkommens insbesondere auf das Merkmal der dauerhaften Befestigung am Meeresboden ankommt. Es handelt sich nur um Plattformen, die tatsächlich genutzt werden; nicht genutzte oder verlassene Plattformen sind nach Völkergewohnheitsrecht vollständig abzubauen (Artikel 5 Abs. 5 des Übereinkommens über den Festlandsockel; Artikel 60 Abs. 3, Artikel 80 des Seerechtsübereinkommens 1982).

Zu Artikel 2

Die Vorschrift bestimmt, welche Straftaten unter das Protokoll fallen. Bei den einzelnen Tatbeständen werden anstelle der in Artikel 3 des Übereinkommens enthaltenen Merkmale „Schiff“ und „sichere Führung des Schiffes“ die Merkmale „feste Plattform“ und „Sicherheit der Plattform“ verwendet.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift soll die Voraussetzungen für eine lückenlose Strafgerichtsbarkeit hinsichtlich der in Artikel 2 umschriebenen widerrechtlichen Handlungen schaffen und entspricht Artikel 6 des Übereinkommens. Zur Hoheitsgewalt auf Plattformen im Festlandsockelbereich nach allgemeinem Völkerrecht wird auf die oben einleitenden Bemerkungen Bezug genommen.

Zu den Artikeln 5 bis 10

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußklauseln; es wird auf die Bemerkungen zu Artikeln 17 bis 22 des Übereinkommens verwiesen.

02.06.89

Stellungnahme**des Bundesrates**

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zum Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

Der Bundesrat hat in seiner 601. Sitzung am 2. Juni 1989 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Eingangsworte

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

"Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:".

Begründung:

Die Zustimmung des Bundesrates ist gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG erforderlich, weil durch Artikel 13 Abs. 1 und Artikel 14 des Übereinkommens (jeweils auch in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Protokolls) das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.